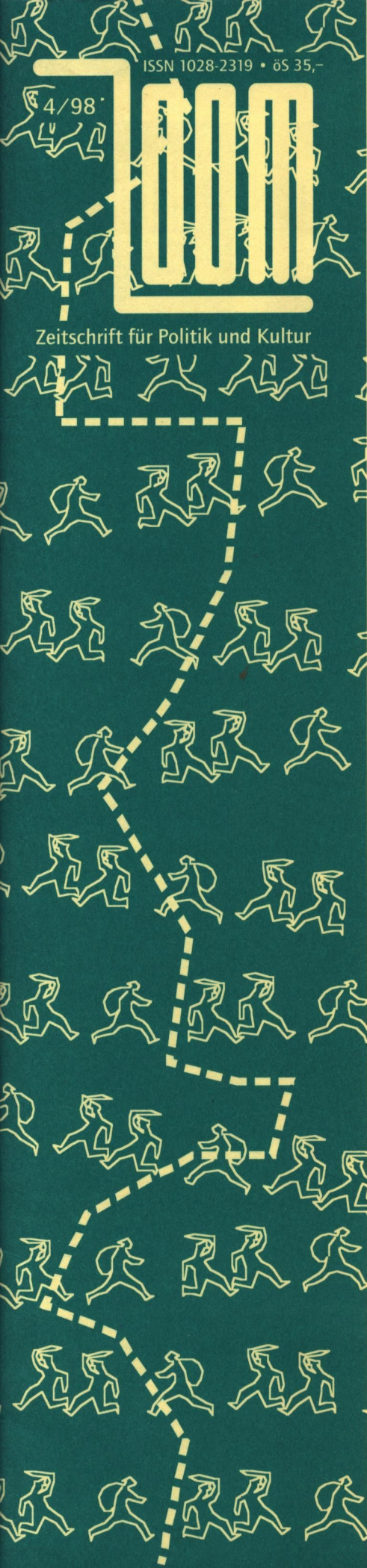




„L⁺O retard!“ 2

GEWALT-DEBATTE

Kann Gewalt befreiend wirken? 4

Jürgen und Paul kritisieren abstrakte Mißstände

INTERNATIONAL

Der Konflikt in Kosov@ 8

Vom zivilen und militärischen Widerstand

Perú und Ecuador 12

Die Diplomatie der Grenzen

ÖSTERREICH

Heimlich zu Diensten 14

Interview mit Markus Purkhart

Parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste .. 17

Eine politikwissenschaftliche Analyse

Friede nach Art der *Presse* 19

Ent-Arisierung?

Neutralität oder Nato oder ...? 22

Schandl zu Haidegger/Steyrer

Kurzmeldungen 13

Rezensionen 25

Vertrieb 27

Impressum 3

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Sommerloch hat dieses Mal Spuren im Umfang dieses Heftes hinterlassen. Trotzdem haben wir uns um interessante Beiträge bemüht.

Vorneweg will diE nOt die Aufmerksamkeit auf ein Problem der USA lenken, nämlich auf das Selbstverständnis der letzten Supermacht in dieser Welt. Mit deren punktuellen Angriffen auf den Popanz eines weltweiten Terrorismus im Namen des Islams haben sie nur erreicht, daß sich alle Welt daran erinnert, daß die USA selbst die Voraussetzungen für diesen während des Krieges in Afghanistan geschaffen haben. Heute sind die Veteranen dieses Krieges gegen die Sowjetunion, die auch auf Grund dieser Niederlage von uns gegangen ist, in Bosnien, Albanien, Algerien, Ägypten, Sudan und sonstwo zu finden. Sogar vor den Toren von Langley, dem Hauptquartier der CIA, haben besonders berufene „Soldaten Allahs“ einen Anschlag auf die Angehörigen des US-Geheimdienstes verübt. Die Täter wurden erst kürzlich von Pakistan an die USA ausgeliefert. Der neue Weltfeind Nr.1, den USA zufolge, war lange Zeit als Harry Laden im internationalen Jet-Set anzutreffen, bis er sich aus unerfindlichen Gründen der Aufrechterhaltung des wahren Islams zuwandte. Heute sitzt er in einem ehemaligen Ausbildungscamp des CIA in Afghanistan. Soviel zu law and order.

Zur Gewalt-Debatte haben sich diesmal Jürgen und Paul zu Wort gemeldet. Sie

themenisieren in ihrem Artikel den Zusammenhang zwischen linkem und männlichem Gewaltverständnis und unterstreichen ihre Distanz zu diesen durch die Verwendung der weiblichen Geschlechtsform z.B. bei „Demonstrantinnen“ als Oberbegriff für alle Guten. In ihrer Einleitung vermissen sie bei Schandl progressive Alternativen zum gängigen Gewaltverständnis.

Nena Skopljanac berichtet und informiert über historische Zusammenhänge und aktuelle Vorgänge in Kosov@. Dabei treten interessante Aspekte zwischen albanischem Nationalismus, Enver Hoxha und kommunistischer Opposition in Jugoslawien zu Tage.

Unser internationaler Block wird mit einem Artikel zu Perú und Ecuador, der die schon lange andauernden Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Staaten kommentiert, und einer Kurzmeldung zu den Verbindungen zwischen Staat, Mafia und Rechtsextremismus in der Türkei beschlossen.

In Österreich beginnt der Herbst mit einer längst fälligen Debatte über die Arisierungen, seien es die von Geschäften oder großen Firmen, seien es die von Gemeindefunktionen oder Villen, und über die Involvierung von wirtschaftlichen Unternehmen in die nationalsozialistische Raub- und Sklavenwirtschaft. Gegen die erwarteten und schon eingetroffenen ortsüblichen Reaktionen, vor allem der *Presse*, wendet sich der Artikel von Glücksthal Lajos mit aller Kraft der Polemik.

Eine weitere, notwendige Debatte wird mit dem Interview über das Eigenleben unserer geschätzten Geheimdienste, das Ludwig Csépai mit Markus Purkhart führte, eröffnet. Ein Auszug aus der Diplomarbeit von Purkhart über die parlamentarische Kontrolle dieser heimlichen Beamten schließt an das Interview an.

Die Ausgabe wird von Franz Schandls Kritik an dem schon vorgestellten Handbuch zu Neutralität und Sicherheitspolitik „Nastostreit in Österreich“ von Klaus Heidegger und Peter Steyrer komplettiert. Ihm zufolge geht ihre Apologie der Neutralität, bei allem Lob für das Buch, von falschen Prämissen aus. Wir hoffen diesbezüglich auf eine Replik beider Autoren.

Für den Herbst sind zwei Broschüren zu den Themen EU und Medienzensur geplant. Was die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs anbelangt, sind schon die ersten Schatten über das sonnige Lächeln unseres Kanzlers auf den Werbeplakaten gefallen. Die italienische Probe aufs Exempel hat zumindest einmal schon innenpolitisch funktioniert. Welche Eier unseren begabten PolitikerInnen noch auf der EU-Ebene gelegt werden, dürfen wir voller Spannung erwarten.

Willkommen im Herbst

DIE ZOOM-REDAKTION



Zeitschrift der
Arbeitsgemeinschaft für
Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und
Flüchtlingsbetreuung
(MedieninhaberIn)

Schottengasse 3A/1/59,
A-1010 Wien,
Tel. ++43-1-535 11 06,
Fax: ++43-1-532 74 16,
E-mail: zoom@thing.at
Web: fgidec1.tuwien.ac.at/
media/zoom

Redaktion: Ludwig Csépai,
diE nOt, Manfred Gmeiner,
Julia Hošek, Elfriede Hufnagl,
Markus Kemmerling,
Ilse Kilic, Alexander Lehar,
Peter Steyrer und Robert Zöchling

AutorInnen dieser Ausgabe:
Christian Cwik, Glücksthal
Lajos, Jürgen und Paul,
Markus Purkhart, Franz
Schandl, Nena Skopljanac

Layout: Helga Dragosits,
Winfried Gallhuber

Hersteller: resch & vana,
Lichtgasse 10, 1150 Wien

Abo: 250,-/Jahr; Förderabo:
700,-; Ausland: 350,-/Jahr
(50,- DM; 45,- SFr), Overseas
(see Photo): 450,- ATS
(65,- DM; 60,- SFr) – bitte
bar zusenden oder für die
EmpfängerIn *spesenfrei*
überweisen.

Mitgliedschaft Arge WDV:
500,-/Jahr; ermäßigt: 350,-
(inkl. ZOOM-Abo).

Konto: 10010 670 573 bei
BAWAG, BLZ 14000

Die ZOOM ist Mitglied der
VAZ – Vereinigung alternativer
Zeitungen und Zeitschriften.

Flugblätter etc. werden als
Dokumente aufgenommen
und sind Bestandteil der
ZOOM. Soweit diese
Impressi tragen, haben sie
keine Gültigkeit, es gilt lediglich
das Impressum der
ZOOM.

Kann Gewalt befreiend wirken?

Gewalt ist autoritär. Wehrt euch!

Dieser Artikel wurde bereits in „friedolins befreiung“ nr. 3/98 erstveröffentlicht und bezieht sich weniger auf eine abstrakte Diskussion als auf reale Mißstände innerhalb der autonomen linken Bewegung. Angesichts der Bitte um Reaktionen gehen wir daher zunächst auch auf die Gewalt-Debatte zwischen Franz Schandl und Manfred Gmeiner in den letzten Ausgaben der ZOOM ein.

VON JÜRGEN UND PAUL

Ja, viel gibt es da eigentlich nicht zu sagen. Wer Nelson Mandela als der Weisheit letzter Schluß zitiert und die Situation im Südafrika von 1964 unhinterfragt mit der westeuropäischen Gegenwart gleichsetzt, wer aus der Tatsache, daß die alliierten Truppen im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazis kämpften, schließt, daß es sich dabei um eine „emanzipatorische Kraft“ handelte, die „jede Unterstützung“ verdient hat, wer glaubt, daß der Widerstand in Wackersdorf deswegen erfolgreich war, weil er „in eine militante Struktur eingebettet“ war, der ist doch wohl nicht mehr ganz ernst zu nehmen. Sich der Kritik an „Gewalt gegen rechts“ dadurch zu entziehen, daß jede solche Kritik als Unterstützung rechtsextremer Gewalt bezeichnet wird¹, zeugt von einer Starrheit im Denken, die sich jeder progressiven Alternative verschließt. Kein Wunder, daß bei einer solchen Wahrnehmung der Wirklichkeit drei Seiten lang herumdefiniert werden muß, um schließlich zu Behauptungen wie der folgenden zu kommen: „Die Durchsetzung der Menschenrechte ist ohne Kolonialismus undenkbar“ oder „Kapitalismus = Gerechtigkeit“.

So führt die ganze Differenzierung letztlich nur zu Verwirrung. Als Leser können wir vielleicht noch annehmen, daß Schandl sowohl gegen Kapitalismus wie auch gegen Gerechtigkeit (als ka-

pitalistisches Konstrukt) ist, aber ob er jetzt für Kolonialismus und Menschenrechte oder eher dagegen ist, bleibt unklar. Wenn er es dagegen ernst meint mit der Weigerung, „Ziel und Weg zu wechseln“, wie er es so zynisch formuliert, dann bleibt am Schluß nur die Dichotomie: *Dort sind die Bösen, und gegen die Bösen sind alle Mittel recht*. Davon distanzieren wir uns. Die Bösen mit ihren Mitteln zu bekämpfen führt letztendlich nur dazu, daß sich zwei kaum mehr unterscheidbare Gruppen gegenüberstehen und gegenseitig die Schädel einschlagen. Gewalt kann in Extremsituationen vielleicht das einzige zur Verfügung stehende Mittel sein, um am Leben zu bleiben. Das Abgleiten der politischen Linken in eine dumpfe Befürwortung der Gewalt an sich aber ist sicher eine ihrer selbst zugefügten Schwächen.

Gewalt ist spektakulär und geil! Haut die Bullen flach wie Stullen! Nazis raus! Und: Drescht sie, wo ihr sie trifft! Die Slogans der *schlagenden Linken*² lassen sich auf alle Situationen anwenden, bei jeder Demo skandieren. *Unser Gewalt ist keine, sondern Gegengewalt!* wird argumentiert, und der Verweis auf den repressiven Staat öffnet den Fäusten den Weg.

Die Feindbilder sind klar gesetzt: Faschos und Bullen. Beide werden in ihrer repressiven Funktion erkannt und als reale Bedrohung er-

lebt. Nicht nur in linken Zusammenhängen aktive Menschen, sondern Ausländerinnen, Obdachlose, Punks oder wer auch immer, der zum falschen Zeitpunkt in ihren Aktionsradius gerät, ist bedroht. Faschos schlagen, killen und zünden Häuser an. Die Polizei mißhandelt, foltert und benützt Gesetze. Die Liste der Opfer ist lang und wächst täglich weiter.

Daß da Banden von Mördern durch ein Land voller mörderischer Gesetze streifen, ist also klar. Wenn wir im folgenden die *Gegengewalt* der Linken kritisieren, möchten wir daher nicht die Existenz der Gewalt bestreiten, der sie sich zu widersetzen glauben, und auch nicht deren täglich spürbare reale Bedrohung, sondern ganz im Gegenteil: Gerade aufgrund dieser Situation, gerade im Angesicht dieser Gewalt halten wir den Weg der *Gegengewalt* schlicht und einfach für falsch, für kontraproduktiv und für reaktionär.

Der politische Frust

Alte Aktionsformen scheinen an Wirkung zu verlieren: Zu Demos kommt keine, und Flugis will schon gar niemand. Während rund um uns die Regierenden an Katastrophen wie dem MAI oder dem Krieg in Jugoslawien basteln, verhallen unsere Warnungen wirkungslos, unsere Proteste unbeachtet. Daß viele in dieser Situation in politische Frustration verfallen oder – um wenigstens

irgendwas zu tun – mit Gewalt reagieren, ist ebenso verständlich wie zu verurteilen. Wie wir im folgenden zeigen werden, ist weder Frust noch Gewalt angebracht, noch würde es uns irgendwie weiterbringen.

Und daß die Lage so trist gar nicht ist, beweisen die erfolgreichen Sitzblockaden gegen die deutschen Atomtransporte, die im Kampf gegen die Atommafia jetzt einmal den vorläufigen Stopp der Castor-Transporte erreicht haben. Viele andere Beispiele scheinen momentan zwar weniger erfolgreich, und doch zeigen – um nur einige zu nennen – die spanischen und türkischen Kriegsdienstverweigerinnen, die englischen „Reclaim the streets“-Aktionen oder die neue soziale Bewegung in Ecuador, daß kreative und kraftvolle gewaltfreie Bewegungen ebenso möglich wie notwendig sind.³

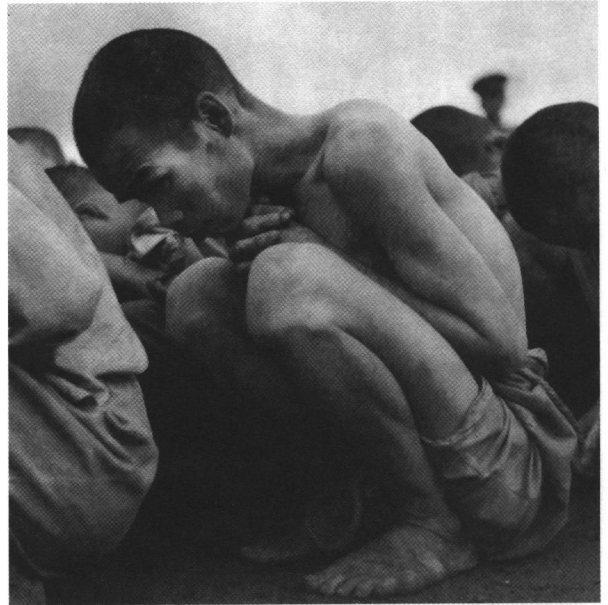
Die Wahl der Waffen

Der Weg ist das Ziel. Und zwar gleich doppelt: Zum einen nimmt der Weg meine Aufmerksamkeit in Anspruch. Auf den Weg, den ich mir aussuche, muß ich mich auch einstellen und seinen Erfordernissen gerecht werden. Das heißt, sobald ich Gewalt einsetzen will, muß ich mich auch dafür ausbilden und darin üben. Die Gewalt wird zu einem Faktor der politischen Arbeit, der bald alle anderen überschattet. Berichte von Duellen und Straßenschlachten ersetzen Analyse und Aktion, indem sie erstens notwendige Energie verbrauchen und zusätzlich einfach zu politischen Aktionen hochstilisiert werden.

Zum anderen gewöhne ich mich an die von mir verwendeten Wege. Und wenn ich Gewalt einsetze, gewöhne ich mich daran, Gewalt einzusetzen. „So wie die Selbstorganisation nur durch Selbstorganisation gelernt werden kann, wird die Fähigkeit, mit der Gewalt des Staates fertig zu werden, nur durch massenhafte direkte gewaltfreie Aktionen erworben. Da militärische Kampfformen immer auch eine militärisch-hierarchische Organisationsform bedingen, wenn sie nicht bloße Gesten, sondern wirksam sein wollen, bedeutet die Bürgerkriegskonzeption der Revolution immer die Errichtung eines Apparates, der mit den Zielen der Emanzipationsbewegung regelmäßig in Konflikt gerät und sie vom Ziel der Herrschaftslosigkeit abdrängt. Der Einsatz von Waffengewalt prägt Denken und Verhalten in autoritärer Weise: Vernichtung des Feindes ist das Ziel. Die Gewöhnung daran, sich mit physischer Gewalt durchzusetzen, ist mit Moral und Menschenbild des Anarchismus unvereinbar. Ohne Selbstwiderspruch kann die Taktik der AnarchistInnen deshalb nur die direkte gewaltfreie Aktion sein.“⁴

Gewalt bei Demos

Ein gutes Beispiel, um die Auswirkungen verfehlter Militanz deutlich zu machen, sind die bereits erwähnten X-tausendmal-quer-Aktionen gegen die Atomtransporte in Deutschland: Da gibt's einmal die „gewaltfreien Aktionen“ wie Sitzblockaden oder Ankettungen. Die Polizei tut sich da unheimlich schwer, denn erstens macht diese Form der politischen Aktion



sichtbar, von wem hier das Unrecht und die Gewalt ausgehen. Zweitens wissen die Verantwortlichen, daß eine Politik, die nur mit Knüppeln und Wasserwerfern gegen „friedliche“ Demonstrantinnen durchgesetzt werden kann, bereits gescheitert ist. Die Hoffnung der Herrschenden (in diesem Fall der Atommafia) sind daher (denn sie verlagern die Auseinandersetzung auf eine Ebene, auf der sich die Staatsgewalt wohl fühlt) die „Gegengewaltigen“. Sie lassen sich provozieren⁵, und dann beweisen sie ihren „Mut“ und ihre Männlichkeit. Sie schmeißen Steine und Mollis, und dann rennen sie. Daß sie damit oft (manchmal sogar hauptsächlich⁶) andere Demonstrantinnen treffen, daß sie damit auch der Polizei den unbedingt benötigten Vorwand für hemmungslose Prügelorgien liefern und daß diese Prügel in erster Linie andere Demonstrantinnen treffen (die z.B. weniger schnell laufen können oder wollen⁷), entgeht ihnen in der Begeisterung, mit der dann von

solchen „Schlachten“ berichtet wird. Um es noch einmal zu sagen: Solch sinnlose Gewalt legitimiert Polizeieinsätze (zumindest in den Augen der Polizei), verletzt Mitdemonstrantinnen und zerstört die komplette Demo. Alle inhaltlichen Argumente, alle anderen Aktionen und dadurch auch die Auseinandersetzung mit dem Unrecht, gegen das man sich wehren wollte, werden in den Hintergrund gedrängt.

Ein Beispiel: Im Februar 1997 rief die neue soziale Bewegung in Ecuador zu einem landesweiten Generalstreik und Massenprotesten auf. Nach drei Tagen des gewaltfreien Protestes von fast drei Millionen Menschen nahm Präsident Bucaram seinen Hut und verließ das Land. Die Proteste dauerten weiter an. Polizei und Militär verhielten sich ruhig. Bis die ersten Mollis flogen und die Polizei einen Vorwand hatte, ihre Mittel einzusetzen. Wenige Stunden später starb ein 18-jähriger an Tränengas und die Demonstrationen lösten sich auf.

Die Herrschenden haben ihr Ziel erreicht, haben ihre



Politik durchgesetzt, haben ihre Sprache gesprochen. Der gewaltgeilen Presse werden ein paar spektakuläre Bilder geliefert (erinnert das irgendwie an „Fußballfans“?), die Gesetze werden verschärft, die Polizeibefugnisse erweitert, und die Repression nimmt nicht nur gegenüber „Chaotinnen“, sondern natürlich immer gleich auch gegenüber den Menschen, die sich dem Staat ernsthaft (!) widersetzen, zu. „Solange solch unsolidarisches Demoverhalten wie in Leipzig überwiegt“, analysiert Andy Fa in der Graswurzelrevolution das Verhalten der *schlagenden Linken*, „wird der antifaschistische Kampf geschwächt, anstatt gestärkt aus den aktuellen Auseinandersetzungen hervorgehen. [...] Militanz wird so zum Selbstzweck antifaschistischer Aktion, die auf unverantwortliche Weise auf dem Rücken anderer ausge-tragen wird, die die Zeche

bezahlen dürfen. Das ist reaktionär.“⁸

Vollkommen daneben

Und dann gibt's da noch eine Strömung, die die latente Gewaltbereitschaft großer Teile der Linken etwas konsequenter verfolgt und zum Ziel an sich erhebt. Das liest sich dann so: „In Wirklichkeit ist die soziale Konfrontation – die nicht von unserem Willen und Zutun abhängig ist – auf weltweiter Ebene bereits wieder in vollem Gange und wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter zuspitzen. Angesichts dieses Szenarios wollen wir unsere Kräfte nicht in einer zum Scheitern verurteilten Appeasement-Politik vergeuden, sondern diese unvermeidlichen Konflikte dazu nutzen, das Übel der sozialen Ungleichheit an der Wurzel auszureißen. Wir haben uns den Wächter dieses Systems, die imperialistische Staatengemeinschaft, als

Feind auserkoren, nicht um sie im Zaum zu halten – das kann eine wichtige Folge des Kampfes sein –, sondern ihr endgültig den Garaus zu machen. Darum sind wir Anti-imperialisten und Sozialrevolutionäre, die diesen Staat mit seinen eigenen Mitteln, der bewaffneten Gewalt, zerstören wollen.“⁹

Da haben wir also alles, was bereits kritisiert wurde, auf einem Haufen: Man fühlt sich als Opfer, über das die „soziale Konfrontation“ einfach hereingebrochen ist, obwohl man nur zwei Sätze später schon wieder stolz darauf ist, sich „den Feind auserkoren“ zu haben. Gewaltfreie Aktion wird bespottet und als „Appeasement“ verhöhnt, um im gleichen Zug zu behaupten, der bewaffnete Kampf würde „das Übel an der Wurzel ausreißen“. Ist das das alte leninistische Dogma, das da die Augen vor der Geschichte verschließt, um so zu tun, als hätte Waffengewalt schon jemals irgendein Übel an der Wurzel bekämpft? Glaubt da wirklich irgend jemand, eine solidarische, freie, selbstverantwortliche Gesellschaft über paramilitärische Aktionen in hierarchischen Strukturen erreichen zu können? Und woher kommt der Größenwahn zu glauben, daß einer auch nur annähernd die Mittel des Staates zur Verfügung stünden?¹⁰

„Als integraler Bestandteil der Anti-Nato-Bewegung fordern wir um der Einheit willen ein Minimalprogramm, auf dem sich alle kampfbereiten Fraktionen der Linken treffen können. Das abzuschlagen wäre eine Verweigerung der Zusammenarbeit eurerseits.“ So

geht's dann weiter im Text, und hier taucht wieder auf, was den *Gewaltfreien* so gerne zum Vorwurf gemacht wird: die Verweigerung der Solidarität. Da machen die Schlagenden eine kraftvolle Demo zu einer schwachsinnigen Straßenschlacht, da schmeißt mir ein Superheld von hinten einen Stein auf den Kopf, da drischt mich ein wütend gewordener Polizist, ich werde (weil ich nicht weggerannt bin) wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch angeklagt – und dann kommen die Schlagenden wieder (wenn die Repression zufälligerweise auch einen von ihnen betrifft) und fordern Solidarität!?

„Diese männliche Mythologisierung sollte hinterfragt werden“, schreibt Abasletat in der neuen *Libertad o Muerte*, „denn auch sie basiert auf patriarchalen Geschlechts- und Gesellschaftsrollen. Der Mann als der kämpfende Aktivist, der vor nichts Angst hat und dem Tod (bzw. der Polizei), ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, in die Augen schauen kann. [...] Es gibt genügend Leute in unseren Reihen, die ohne weiteres auch bei irgendwelchen ach so unpolitischen Hooligans mitprügeln könnten. Sie verstecken sich hinter ihrem antifaschistischen Schutzschild, sind zutiefst sexistisch und zielen einzig und allein auf gewalttätige Ausschreitungen ab, durch welche sie ihren Status in der Gruppe bestätigen und erhöhen können. Antifaschismus schließt gleichzeitig auch immer Antisexismus mit ein. Wer sich selbst als antifaschistisch bezeichnet und nichtsdestotrotz zutiefst patriarchale

und sexistische Denkmuster vertritt, hat in unseren Reihen nichts zu suchen!“¹¹

Sonst passiert es allzu leicht, daß sich Ereignisse wie vor wenigen Wochen in Innsbruck wiederholen: Da gibt es jemand im Umfeld der Antifa, der von seinen eigenen Freundinnen als „politischer Trottel und Sexist“ bezeichnet wird. Aufgrund persönlicher Streitigkeiten und nach ausgiebigem Alkoholkonsum schlägt der einen Typen, den er als „Fascho“ bezeichnet, mit einer Bierflasche nieder, drischt ihn noch einmal in einem offiziellen „Duell“, beschimpft später einen vorbeiradelnden Polizisten und wird nach einer Rangelei mit eben diesem kurzfristig festgenommen. Am folgenden Tag wird dieser Mensch von der versammelten Gruppe völlig unkritisch zum hochpolitischen Widerstandskämpfer erklärt, der „unsere Solidarität“ verdient. Und ein ganzer Tag vergeht damit, daß daran gezweifelt wird, ob politische Solidarität mit uns noch möglich ist, weil wir sagen, ein Polizist ist auch ein Mensch, und wir finden es eigentlich nicht super, ihn zu beschimpfen. Politische Aktion ist für uns was anderes. Und wir stehen dazu, daß wir – so notwendig Solidarität mit Opfern der staatlichen Repression auch ist – unsere Zeit nicht damit verbringen möchten, uns in ständiger „Solidarität“¹² mit irgendwelchen Typen, die um sich schlagen und Leute beschimpfen, darum zu kümmern, was denn jetzt mit ihnen geschieht.

Emanzipation!

Natürlich: Gewalt als letztes Mittel der Selbstverteidigung

kann in manchen Situationen gerechtfertigt sein. So wie die Zapatistas in Chiapas sollten wir damit aber sehr vorsichtig umgehen und die reaktionäre Tendenz jeder (!) Gewalt aufmerksam beobachten. Statt in solche Abgründe zurückzufallen, sollte sich die politische Linke lieber auf das besinnen, was ihre Stärke ausmachen könnte, sich konsequent und kreativ gegen Mißstände zur Wehr setzen und – das halte ich zumindest persönlich für wichtig – für sich und zusammen mit anderen nach neuen Wegen und Formen des Zusammenlebens suchen und eigene Bereiche schaffen, in denen Staat, Patriarchat, Militarismus und Umweltzerstörung keinen Platz haben. Gewalt ist autoritär – emanzipiert euch!

- 1 Als Beispiel für Schandls Argumentationsstil erinnern wir nochmals an die „emanzipatorische“ Gewalt der Alliierten. Schandl schreibt weiter: „Wer gegen diese Gewalt gewesen ist, der war objektiv für die Nazis.“ Soll das eine historische Tatsache sein, oder will er damit grundsätzlich behaupten, daß jede Kritikerin an „linker“ Gewalt „objektiv“ für die Rechten eintritt!?
- 2 Als schlagende Linke bezeichnen wir all jene, die (irgendwie in „linke“ Zusammenhänge eingebunden) latent oder manifest gewaltbereit auftreten. Die Abgrenzung erfolgt in diesem Fall gegenüber den gewaltfreien Graswurzelaktivistinnen. Pseudokritischer SPÖ- oder Kirchen Nachwuchs bildet natürlich eine weitere Gruppe, von

der aber weiter nicht die Rede sein wird.

- 3 Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind – z.B. finde ich, daß sich gewaltfreie und militante Aktionen sogar in den meisten Fällen gegenseitig ausschließen: Wer an einer ausführlichen Analyse, weiteren Ansätzen und einer wirklich gelungenen Reflexion über den Stand der autonomen Bewegung interessiert ist, dem sei der Artikel „Wacht auf AnarchistInnen dieser Erde ...“ in der Nummer 7 vom Sommer '98 der Libertad o Muerte (LOM) unbedingt empfohlen. Erhältlich um öS 20,- in den diversen Infoläden und unter: LOM postlagernd, 6024 Innsbruck.
- 4 aus: graswurzelrevolution, Thesen über Staatlichkeit und Anarchie heute; zuletzt abgedruckt in: friedolins befreiung 2/98.
- 5 Daß viele Demos erst durch verdeckte Provokateure im Dienst der Staatsgewalt zu Straßenschlachten eskalieren (oder verkommen), ist keine Frage. Wir erkennen: 1.) Die Herrschenden kennen keinerlei Skrupel, wenn es darum geht, ihre Macht zu behaupten. 2.) Die Eskalation von Demos zu gewalttätigen Auseinandersetzungen entspricht dem Konzept und der Staatsgewalt und stabilisiert das System, wo es ansonsten bedroht werden könnte. 3.) Auf eine solche Provokation einzusteigen, anstatt sie zu unterbinden, entspricht damit genau dem Interesse der Mächtigen, hat mit unserem Anliegen (ernsthafter politischer Protest) aber gar nichts mehr zu tun.

- 6 siehe dazu z.B. verschiedenste Demoberichte in der graswurzelrevolution der vergangenen Jahre.
- 7 Weil sie ja eigentlich nicht zur Demo gekommen sind, um wegzurennen.
- 8 aus: Andy Fa, „Wir halten für euch die Köpfe hin“. Über unsolidarisches Demoverhalten der militanten Antifa am Beispiel Leipzig: in: graswurzelrevolution nr. 230/98.
- 9 aus: Alfred Klein, Kräfte sammeln gegen die NATO – aber wie? Offener Brief der RKL an die ARGE für Wehrdienstverweigerung Wien; veröffentlicht in: akin nr. 25/98.
- 10 Aber wer sich einreden läßt, der Dienst beim österreichischen Militär bilde für den antiimperialistischen bewaffneten Kampf aus, glaubt wohl so einiges an Schwachsinn. So bastelt man weiter an der politischen Elite, die dann – nach der Revolution – die Führung der Massen in die Hand nehmen kann. Wir lehnen so was natürlich ab: Für den Emanzipationsprozeß bringt das nicht mehr als das Ritual einer formaldemokratischen Wahl, in der irgendwelche Herrschaftseliten ausgetauscht werden.
- 11 „Wacht auf AnarchistInnen dieser Erde ...“, in: Libertad o Muerte Nr. 7 / 98.
- 12 Vor allem bezeichnend erscheint uns, daß sich diese Solidarität auf einen (natürlich ergebnislosen) mitternächtlichen Anruf beim Journaldienst der Polizei beschränkte und am nächsten Tag sich niemand mehr Gedanken über den Verbleib unseres Superhelden zu machen schien.

Der Konflikt in Kosov@: Von der Politik zum Krieg und zurück zur Politik?

Mit den Ereignissen in Drenica¹ Ende Februar/Anfang März erhielt der Kosov@-Konflikt die volle Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft. Und wieder reagierte die Welt, allen voran aber Europa, überrascht, schockiert und unvorbereitet.

VON NENA SKOPLJANAC*

*Nena Skopljanac ist Politikwissenschaftlerin und bei der „Medienhilfe Ex-Jugoslawien“ aktiv.

Der Artikel ist der Schweizer Zeitschrift für Friedenspolitik, „FriZ“, Nr. 4/98 entnommen.

Das Zeichen @ steht bei dem Kosov@ für eine vereinigende Schriftform des Serbokroatischen und des Albanischen.

Seit Herbst letzten Jahres war es offensichtlich, daß der Kosov@-Konflikt in eine neue Phase tritt: Die Gefahr einer Eskalation wurde manifest. Insbesondere die Tatsache, daß die Kosov@-Frage völlig aus dem Dayton-Abkommen herausgefallen war, beeinflusste die kosov@-albanische Öffentlichkeit sowie die soziale und politische Landschaft.

Vom passiven Pazifismus...

Eine grosse Mehrheit der Kosov@-AlbanerInnen war davon ausgegangen, daß die Kosov@-Frage in den Verhandlungen von Dayton angegangen und ihre politischen Forderungen erfüllt würden. Unerfüllte Hoffnungen und Erwartungen schufen ein starkes Gefühl von Frustration, allein gelassen und von der Weltgemeinschaft verraten worden zu sein. Die Kosov@-AlbanerInnen befanden sich in einem Zwiespalt: Einerseits realisierten sie, daß ihr gewaltfreier Widerstand von den Weltmächten zumindest verbal gewürdigt wurde – und diese hätten bei der Lösung des Konfliktes einiges zu sagen. Doch folgten auf deren Worte keine Taten. Auf der anderen Seite wurden die Menschenrechtsverletzungen durch das serbi-

sche Regime immer brutaler und unerträglicher. Die Politik des gewaltfreien Widerstands, wie sie die führende politische Partei LDK (Demokratische Liga Kosov@s) und ihr Führer Ibrahim Rugova eingeschlagen hatten, wurde immer häufiger hinterfragt und schließlich immer öfter kritisiert. Man warf ihr vor, zu passiv und zu undurchdacht zu sein und deshalb keinen Erfolg zu bringen, ja sogar kontraproduktiv zu wirken. Die Kritik wurde immer schärfer und die Zahl der KritikerInnen immer größer; von intellektuellen Zirkeln weitete sie sich aus auf alternative Szenen, dann auf alle relevanten Oppositionsparteien bis hin zur StudentInnenbewegung. Die meisten diskutierten Alternativen hatten immer noch einen gewaltfreien Ansatz, brachten aber neue Elemente öffentlicher Massenaktionen und zivilen Ungehorsams hinzu. Dementsprechend kam es gegen Ende des letzten Jahres zu den gewaltfreien Massenprotesten in Kosov@.

...zu aktivem Bellizismus

Ende November 1997 trat die Kosov@-Befreiungsarmee „Ushtria Çlirimtare Kosoves“ (UÇK) auf die Bühne: Obwohl es sie schon seit einigen

Jahre gab und sie bereits 1996 in Presseerklärungen die Verantwortung für Mordanschläge übernommen hatte (v.a. an Polizeipersonal und AlbanerInnen, die als KollaborateurInnen bezeichnet wurden), begann sie nun ihre Strategie zu ändern: Sie führte immer öfter bewaffnete Operationen durch, die auch von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wurden.

Auf die Ermordung von Individuen folgten direkte Kämpfe mit kleineren Polizeieinheiten. Die UÇK verließ den Untergrund nach und nach, indem sich Mitglieder an den Beerdigungen ihrer gefallenen Mitstreiter zeigten und dort auch zu den Anwesenden sprachen. Bis zu den Ereignissen in Drenica spielte die UÇK aber keine entscheidende Rolle in der kosov@-albanischen Arena, abgesehen von ihren kontinuierlichen kleineren bewaffneten Zusammenstößen mit der Polizei.

Die Veränderungen in der Strategie der UÇK beeinflusste die Politik Milosevics gegenüber Kosov@. Jedem verantwortungsbewußten Präsidenten, der sich um die Interessen seines Landes kümmert, wäre jetzt klargeworden, daß der Status-quo nicht beibehalten werden kann und wohlgedachte politische Mittel zur Lösung eines solch explosiven Konfliktes notwendig sind. Nicht so Milosevic. Er tat genau das Gegenteil. Die Polizei fiel mit aller Macht in Drenica ein, unter dem Vorwand, daß ein „souveräner Staat“ das „verbriefte Recht hat“, gegen den „Terrorismus“ zu kämpfen. Sehr bald stellte sich aber heraus, daß es sich bei den Polizeiaktionen wiederholt um Übergriffe gegen

die Zivilbevölkerung handelte und es dabei nicht um die Bekämpfung der UÇK ging.

Milosevics Machtkalkül

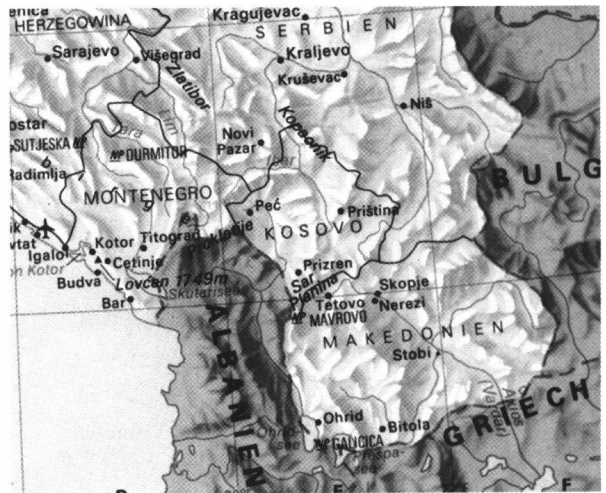
Milosevic wußte natürlich genau, daß solche Reaktionen Belgrads die UÇK zum wichtigsten Faktor auf dem kosov@-albanischen Schauplatz machen würden. Gerade dies war ja seine Absicht, aus verschiedenen Beweggründen: Zunächst gefährdeten solche ernsthaften „Probleme“ seine Position als unhinterfragbarer Führer. Verstärkt wurden sie durch die Entwicklungen in Montenegro und durch die katastrophale soziale und ökonomische Situation, welche die ganze Bevölkerung Restjugoslawiens traf. Zweitens hatten die StudentInnen und ZivilistInnen-Proteste von Ende 1996 und Anfang 1997 zwar nicht die geforderten Ziele erreicht, trotzdem stellten sich jetzt breitere Bevölkerungsteile als zuvor in Opposition zum Regime. Obwohl es sich um vereinzelte Gruppen handelte, ohne entwickeltes Programm und ohne großen Bekanntheitsgrad, stellten sie ein latentes Bedrohungspotential für Milosevic dar. Wann immer Milosevics Position gefährdet ist, spielt er dasselbe Spiel: Er neutralisiert die „Ungehorsamen“ sowie die KonkurrentInnen, indem er die serbische Nation homogenisiert, um sich so die Unterstützung seiner Politik in der Bevölkerung zu sichern. Um dies zu erreichen, benötigt er das Argument, daß „nationale serbische Interessen“ gefährdet seien und damit das „Überleben der serbischen Nation“ auf dem Spiel stehe. Indem er also alles dafür tat, daß sich die UÇK von einer schmalen bewaffneten Grup-

pe zu einer echten Guerilla mit Unterstützung der kosov@-albanischen Bevölkerung wandelte, stärkte er gleichzeitig seine eigene Position als einziger Führer in Belgrad, der mit einer solchen Situation umgehen könne. Natürlich hatte dies auch Auswirkungen auf die kosov@-albanische Politszene: Die Schlüsselfiguren entzweiten sich und Ibrahim Rugovas Stellung wurde deutlich geschwächt. Seine Rolle als rechtmäßiger Repräsentant der Kosov@-AlbanerInnen steht heute zur Diskussion.

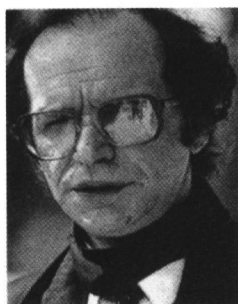
Milosevic erreichte mit seinem Manöver aber auch etwas anderes: Für die internationale Gesellschaft stellt sich jetzt die UÇK – und nicht mehr er selbst – als schwierigstes Problem auf dem Weg zu einer politischen Lösung in Kosov@ dar.

Eine diffuse Basis

Aus einer kleinen Gruppe von zweihundert bis dreihundert Kämpfern wuchs die UÇK zu einer Guerilla, deren Mitgliedschaft heute auf bis zu 30.000 geschätzt wird. Allerdings hat sie eine eher heterogene Struktur, indem sie sich aus Mitgliedern verschiedenster politischer Gruppen mit unterschiedlichem Organisationsgrad zusammensetzt. Die UÇK besteht vorwiegend aus männlichen Dorfbewohnern aus den Gebieten der UÇK-Operationen, die sich anschlossen, um ihre Dörfer besser gegen die Attacken der Polizei verteidigen zu können. Sie haben keine gemeinsame Ideologie und kein politisches Programm, sondern unterstützen PolitikerInnen verschiedener Parteien. Ein Becken für die Rekrutierung von UÇK-Mitgliedern bilden



auch die kosov@-albanische Diaspora, die StudentInnen-Bewegung, frühere Offiziere der jugoslawischen Volksarmee sowie ehemalige politische Gefangene (die meisten von ihnen saßen in den achtziger Jahren im Gefängnis, weil sie an den Massendemonstrationen von 1981 teilgenommen hatten, andere, weil sie wegen Separatismus verurteilt worden waren, und wieder andere, weil sie in den sechziger und siebziger Jahren Untergrundbewegungen angehört hatten). Am wichtigsten sind aber die Mitglieder jener kleinen politischen Gruppierungen, die die UÇK aufgebaut hatten, da sie heute an der Spitze der Hierarchie stehen und daher am meisten Einfluß auf die Planung der bewaffneten Einsätze und auf die politischen Aktionen haben. Es ist wichtig anzufügen, daß viele dieser ehemaligen politischen Gefangenen bis vor kurzem Mitglieder von Rugovas LDK waren. Sie verließen die Partei, nachdem an der LDK-Versammlung im Februar 1998 ein neuer Vorstand bestimmt und nicht ein einziger der sogenannten Radikalen wiedergewählt worden war. Dies verstärkte die Auflösungserscheinungen in den unteren Parteirängen.



Ibrahim Rugova

Außerdem gründete ein Teil der LDK-Mitglieder eine neue Partei: die „Albanische Demokratische Bewegung“, angeführt vom Schriftsteller Rexhep Qosia.

Die ideologische Führung

Gemäss den Aussagen ihres Sprechers Jakup Krasniqi, wurde die UÇK 1994 gegründet. Der ideologische Hintergrund der UÇK wurde von den Gründungsmitgliedern der „Volksbewegung Kosova“ LPK bestimmt, einer kosov@-albanischen Partei mit Sitz in der Schweiz; es handelt sich um eine marxistisch-leninistische Ideologie mit einer Enver-Hoxha-Prägung.² Als die Untergrundorganisationen der LPK durch das exjugoslawische Regime immer stärker verfolgt wurden, flüchteten einige ihrer Mitglieder in die politische Emigration. Die Zurückgebliebenen wurden an den Rand der kosov@-albanischen Politik gedrängt, als 1989 neue, alternative Parteien aufkamen.³

Paternalistische Strukturen

Nachdem die UÇK ihre Stellungen auf den Gefechtsfeldern in der Gegend von Drenica und Malisevo gesichert hatte, begann sie mit dem Einsetzen lokaler Führungsspitzen und eigener politischer Strukturen. Das parallele Sozialsystem (Bildung, Gesundheit etc.), das die Kosov@-AlbanerInnen seit 1991 aufgebaut hatten, basiert in den bäuerlichen Gebieten auf den traditionellen Strukturen von Dörfern und Familien. Das gilt auch für die lokalen Parteisektionen auf dem Land. Diese ländlichen Strukturen sind sehr patriarchal und streng hierarchisch; bei Entscheidungsprozessen haben nur Familienober-

häupter das Recht zur Meinungsäußerung.⁴

Daher ist in den von der UÇK kontrollierten Gebieten deren Unterstützung nur möglich, wenn die traditionellen Strukturen dies erlauben. Mit dem Aufbau von lokalen Autoritätssystemen gelang der UÇK die Übernahme der bereits existierenden lokalen Strukturen, sodaß diese jetzt unter ihrer Kontrolle stehen. Einige AnalytikerInnen in Pristina äußerten beispielsweise ihre Zweifel darüber, daß die politischen Parteien überhaupt noch einen Einfluß auf ihre lokalen Sektionen hätten.⁵ Doch nur Adem Demaqi, der Präsident der Parlamentarischen Partei, gab bisher öffentlich zu, daß dem so sei.

Militärische Hoffnungen

Die UÇK wurde in den letzten fünf Monaten zu einem entscheidenden Faktor in der kosov@-albanischen Frage. Durch zunächst erfolgreiche militärische Aktionen schuf sie innerhalb kurzer Zeit ein „befreites Gebiet“ in Zentral Kosov@, welches die Region Drenica und die Gemeinde Malisevo umfaßt. Außerdem hat sie eine gewisse Kontrolle über weitere Gebiete in Kosov@, v.a. auf dem Land rund um die Stadt Decan. Die Erfolge der UÇK bei Zusammenstößen mit der serbischen Polizei schufen ein enorm positives Image ihrer Mitglieder bei der Mehrheit der Kosov@-AlbanerInnen, vor allem bei denjenigen, die in vom Krieg betroffenen Gebieten leben: Man sieht in ihnen tapfere, mutige Kämpfer und Beschützer der albanischen ZivilistInnen; Verteidiger, die nicht zögern, ihr Leben für die Freiheit der Heimat zu opfern. Die Leute begannen, über die UÇK mit

großem Respekt und Enthusiasmus zu sprechen. Jeder Sieg nährt die Hoffnungen auf die Erlangung der ersehnten Unabhängigkeit. Jeder getötete UÇK-Kämpfer wird als Held verehrt.

Kosov@ wurde 1997 zu einem Thema der internationalen Politik, gelangte in die Schlagzeilen der internationalen Medien, und das serbische Regime erlitt einen Rückschlag. Die Mehrheit der Kosov@-AlbanerInnen begann an eine neue Illusion zu glauben: Die Illusion, daß eine passive, gewaltfreie Bewegung den Kosov@-Konflikt lösen könne, wurde ersetzt durch den Glauben, daß der Sieg auf dem Schlachtfeld die Freiheit bringe.

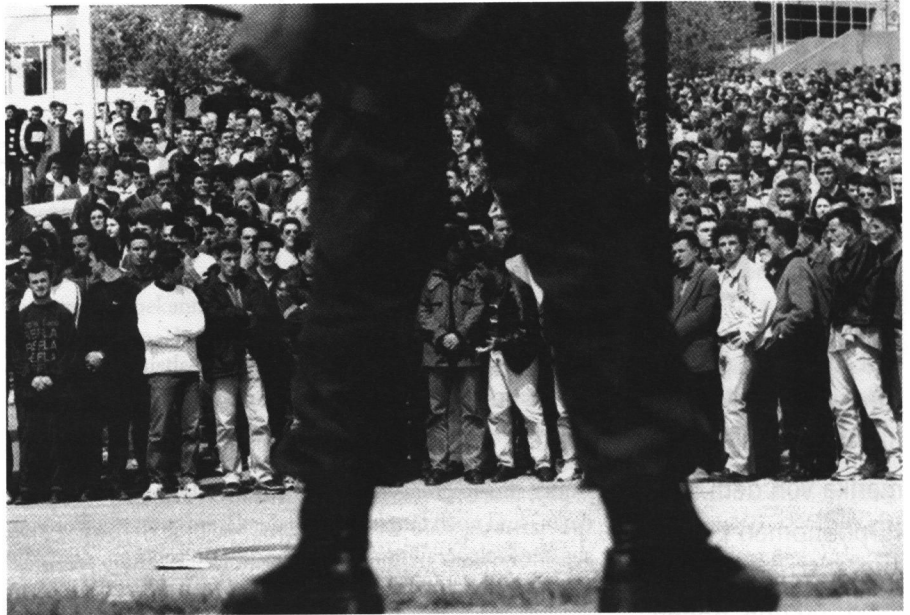
Politische Machtkämpfe

Die Reaktion der kosov@-albanischen Parteien und derer FührerInnen gegenüber der UÇK ist ambivalent. Die LDK und ihr Führer Rugova wiederholten immer wieder, daß sie entweder nichts über die UÇK, ihre Führung und ihr Programm wüßten oder daß die UÇK höchstwahrscheinlich etwas mit dem serbischen Geheimdienst zu tun habe. Ibrahim Rugova gab erst Mitte Juni 1998 zu, daß die UÇK existiert: Als er von einem Besuch in den USA zurückkehrte, meinte er in einer Pressekonferenz, daß die UÇK „unter Kontrolle der albanischen politischen Kräfte“ gestellt werden müsse und daß sie „die Verantwortung für ihre Taten zu übernehmen habe“.⁶ Die UÇK mußte erst rund ein Drittel des Kosov@-Gebietes erobern, bevor Rugova ihre Existenz eingestand, nicht zu sprechen von der Aufnahme von Gesprächen mit der

Befreiungsarmee oder allfälligen Beeinflussungsversuchen seinerseits. Diese Geringschätzung und Mißachtung der UÇK schadete der LDK und Rugova persönlich außerordentlich und ist einer der Hauptgründe für deren Verlust an Einfluß auf die kosov@-albanische Bevölkerung. Der UÇK-Pressesprecher Jakup Krasniqi hat sich bis jetzt nur negativ zu Rugovas Politik geäußert. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, daß die UÇK-Mitglieder, die in Rugova noch immer den legitimen Vertreter der Kosov@-AlbanerInnen sehen, immer weniger werden. Damit gab Rugova aber auch seinen stärksten politischen OpponentInnen – vor allem Adem Demaqi und Rexhep Qosia – die Möglichkeit, sich als „politischer Flügel“ der UÇK anzubieten und damit ihre politische Stellung zu verbessern. Beide ergriffen diese Chance. Die wichtigste Konsequenz lag in einer vollständigen Aufsplitterung der albanischen Politik. Dies macht einen Konsens heute noch schwieriger.

Zurück zur Politik?

Die kürzlichen Niederlagen der UCK werden hoffentlich jene Strömungen unterstützen, welche Verhandlungen als Konfliktlösungsmittel akzeptieren. Kosov@-albanische PolitikerInnen arbeiten hart an einer gemeinsamen Plattform, welche alle existierenden AkteurInnen der kosov@-albanischen Realität einschließen soll. Danach sollen konkrete Vorschläge ausgearbeitet werden, wie der Verhandlungspartner angegangen werden soll, wie auch Vorschläge über einen zukünftigen Status von Kosov@. Und dafür müssen sie



nicht bei Null beginnen: Unter beachtenswertem Einsatz von kosov@-albanischen und serbischen ExpertInnen, Intellektuellen und NGO-VertreterInnen wurde schon damit begonnen: An einer ganzen Serie von lokalen und internationalen Treffen, Konferenzen und Seminaren wurde bereits ein breites Spektrum von Entwürfen ausgearbeitet.⁷ Sie warten nur darauf, als politische Projekte diskutiert, modifiziert und kombiniert zu werden – und realisiert zu werden.

Chinas Annäherung an den Westen, schuf Hoxha seinen eigenen Sozialismus und kappte die Beziehungen Albaniens zur Außenwelt. Mehr über diese politischen Gruppen Kosov@s siehe bei: Stephan Lipsius: „Bewaffneter Widerstand formiert sich“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.3.1998.

- 1 In Drenica kam es in den ersten drei Monaten dieses Jahres zu Massakern an der kosov@-albanischen Zivilbevölkerung, bei welchen etwa 90 Menschen getötet sowie Hunderte verletzt wurden. Rund 20.000 Menschen flohen.
- 2 Enver Hoxha (1908–1985) war der erste kommunistische Staatschef Albaniens. Der Stalin-Anhänger orientierte sich nach seinem Zerwürfnis mit Chruschtschow an Maos China. Nach Maos Tod und

- 3 Skelzen Maliqi: „Demand for a new Status – The Albanian Movement in Kosovo“ in: „Serbia between Past and Future“. Institute f. Social Science/Forum for Ethnic Relations. Belgrade 1995.
- 4 „Kosovo Spring“. Bericht der „International Crisis Group“. 24. März 1998
- 5 Gespräche der Autorin mit einigen Intellektuellen und NGO-VertreterInnen während eines Besuches in Pristina Mitte Juni 1998.
- 6 Zitat in der unabhängigen Tageszeitung „Nasa Borba“, 20./21. Juni 1998.
- 7 S. Roland Brunner: „Und wieder pennt Europa – wer verhindert den nächsten Krieg im ehemaligen Jugoslawien?“ In: MOMA, Nr. 4/98.

Perú und Ecuador

Ein Grenzkonflikt am Rande der Lächerlichkeit

Seit nunmehr einem Jahr werden die Andenstaaten in Südamerika von dem Naturphänomen El Niño geplagt, und dem nicht genüge, finden Perú und Ecuador noch immer ausreichend Raum und Zeit, ihren jahrzehntelangen Grenzkonflikt weiter zu schüren.

VON CHRISTIAN CWIK*

Die Schwierigkeiten an der peruanisch-ecuadorianischen Grenze, die 1995 in wochenlange militärische Auseinandersetzungen mündeten, sind noch längst nicht aus der Welt geräumt. Schon damals, so konnte man sogar in österreichischen Tageszeitungen lesen, wunderte sich die internationale Öffentlichkeit über diese eindeutige politische Maßnahme des peruanischen Präsidenten, die nur dazu diente, in den bevorstehenden Wahlen Stimmenpotential zu kumulieren. Auf ecuadorianischer Seite nützte man den Konflikt aus, um von den innenpolitischen Turbulenzen nach dem Abgang des Ex-Präsidenten A. Bucaram abzulenken. Stärker als von vielen ausländischen Beobachtern erwartet, fegte dort die Macht der Zivilen Gesellschaften den korrupten El Locò (A. Bucaram) aus seinem Amt.

Die gewählte politische Spitze des Landes war fortan mit der Macht des Volkes konfrontiert, das seinen Unmut über die jahrhundertelange Unterdrückung durch die Oligarchie in gewaltigen Strassendemonstrationen zum Ausdruck brachte. Allen voran waren es die indigenen Organisationen, die seit jeher am untersten Rand der Gesellschaft leben müssen. Gemeinsam mit den linken Gewerkschaften des Landes gelang es ihnen,

Bucaram abzusetzen und eine ernste politische Position im Staat einzunehmen. Dem neuen ecuadorianischen Präsidenten Fabian Alarcon kam der Grenzstreit mit Perú gerade zur rechten Zeit, die auswärtige Krise beruhigte die innenpolitische Lage. Am 30. Mai 1998, so einigten sich die beiden Andenstaaten, werde man endgültig und unwiderruflich (mit brasilianischer Hilfe) den Grenzkonflikt, der nun seit über 50 Jahren existiert, in Rio de Janeiro beilegen. Um diesen Termin zu fixieren, bedurfte es jedoch erst komplizierter Vorverhandlungen im November 1997, die zur Deklaration von Brasilia führten. Die Freude über die zustandegekommene Konferenz verdeckte das eigentliche Problem: die Inhalte. Die wirklich relevanten Fragen sind bis dato ungeklärt geblieben, und so scheint eine echte Lösung in weiter Ferne, wobei sich die Frage aufdrängt, ob überhaupt ehrliches Interesse an einem Frieden existiert. Die beiden Unterhändler Fernando de Trazegenis (Perú) und Edgar Terán (Ecuador) beschwören beide den guten Willen, und verweisen auf ihre besten Absichten, indem sie ihren „Eid“ im selben Palast bestärken, in dem vor genau 56 Jahren die Protokolle von Rio (zur Beilegung des Konflikts) unterschrieben wurden, die den ersten tragi-

schen, mißlungenen Versuch, jene unendliche Geschichte zu beenden, darstellten. Das derzeitige Ergebnis aller Verhandlungen hat rein administrativen Charakter. So einigten sich die Meister der hohen Diplomatie lediglich auf ein Wirrwarr von Verhandlungen und Agenden.

Nun gibt und gab es vier verschiedene Verhandlungs-orte, vier verschiedene Kommissionen und vier Garantiemächte (Argentinien, Brasilien, Chile und Estados Unidos). In den Kommissionen wiederum müssen die Agenden erst untereinander abgestimmt werden, wobei man keine hellseherischen Fähigkeiten besitzen mußte, um bereits vorher zu erkennen, daß dies in einem Hasardspiel enden mußte. So tagt z.B. seit 2.1.1998 in Buenos Aires die Kommission für Handel und Schifffahrt, in Washington behandelt man die Verträge zur gemeinsamen Grenzziehung, in Brasilia diskutiert man, wie denn die Grenzziehung überhaupt aussehen soll, und in Santiago darüber, wie dieser neue Grenzverlauf gegenseitig gesichert werden kann. Am Ende des Verhandlungspokers erwarte ich eine lateinamerikanische Lösung, wie etwa in Venezuela mit Guyana, oder in Guatemala mit Belize. Auf die gegenseitigen Ansprüche wird wohl verzichtet werden müssen, doch diverse Gruppierungen werden dann im Auftrag der

* Christian Cwik ist Obmann des Forschungs- und Kulturvereins für Kontinentalamerika und Karibik (KonaK), eine interdisziplinäre Plattform für den Austausch zwischen Österreich und dem amerikanischen Kontinent.

Regierung weiterhin opponieren. Angesichts der Protokolle aus dem Jahr 1942 scheint für Änderungen des alten Textes nur wenig Platz, und so wird am Ende auch nichts Neues erwartet. Die eigentliche Chance wird in einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Ecuador und Peru gesehen, die als Folge der Andenregion größeres politisches und vor allem wirtschaftliches Gewicht verleihen könnte. Gerade jetzt, wo zur Mitte des Jahres das Verhandlungsergebnis des Andenpaktes (ca. 100 Mio. Konsumenten) mit dem Mercosur (ca. 220 Mio. Konsumenten) erwartet wird, stellt ein derart peinlicher Grenzkonflikt ein Hindernis dar. Doch auch in Anbetracht dessen glaubt niemand so recht an eine ehrliche Beilegung des Konflikts, wollen doch die beiden Populisten Fujimori und Alarcon, wie es scheint, politische Themen heiß halten. ■

Gladio neu?

Am 12. Mai 1998 wurde der türkische Menschenrechtsaktivist Akin Birdal bei einem Attentat in seinem Büro in Ankara schwer verletzt. Der bekannte Präsident der Menschenrechtsvereinigung wurde mitten am Tag von zwei jungen Attentätern niedergeschossen. Freunde von ihm machten türkische Medienberichte, in denen Birdal enge PKK-Kontakte unterstellt wurden, dafür verantwortlich. Diese Berichte erfolgten nach Bekanntwerden von angeblichen Aussagen des gefangenen PKK-Kommandanten Semdin Sakik. Dieser soll Polizeiberichten zufolge die PKK auch des Mordes an Olof Palme beschuldigt haben, womit wieder die berühmte Kurden Spur der schwedischen Polizei ins Spiel gebracht wurde. Eine kleine Schützenhilfe von Kollegen zu Kollegen?

Sakiks Aussagen sind als Protokoll der schwedischen Botschaft übergeben worden. Er selbst ist durch die Militärpolizei von der Öffentlichkeit völlig abgeschirmt. Die ehemalige Rechte Hand von PKK-Chef Öcalan flüchtete im März 1998 zur KDP von Massoud Barzani im Nordirak. Diese ist derzeit mit der Türkei verbündet. Von dort wurde er von der türkischen Armee im Rahmen ihrer Aktion „Fledermaus“ entführt oder ihr ausgeliefert. Er selbst ist des Mordes an 30 unbewaffneten Rekruten angeklagt.

Birdal hat den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung immer als schmutzigen kritisiert und bekam schon monatelang Drohanrufe. Die

türkische Menschenrechtsorganisation ist mit 55 lokalen Niederlassungen und 20.000 Mitgliedern ständiges Objekt der Verfolgung durch die Sicherheitskräfte.

Sechs Männer sind von der Polizei festgenommen worden. Ein Mitglied der paramilitärischen Polizei „Jan-darma“, Cengiz Ersever, soll das Attentat veranlaßt haben. Diese Polizeieinheit zur Bekämpfung des Terrorismus hat auch einen eigenen Geheimdienst, genannt „Jitem“. Zwei der Festgenommenen sollen Mitglieder der faschistischen „Grauen Wölfe“ gewesen sein.

Zwei weitere Morde im Mai wurden auch den „Grauen Wölfen“ angelastet, die, wie in unserer Gladio-Broschüre erwähnt, der türkischen Stay-Behind-Organisation in den siebziger Jahren nahestehende bis idente rechtsextreme Vereinigung. Seit dem Unfall von Susurluk 1996 ist die Fortdauer dieser Struktur evident geworden. Bei diesem wurde Abdullah Catli getötet. Der ehemalige stellvertretende Führer der „Grauen Wölfe“ war als berüchtigter Drogenhändler und politischer Auftragsmörder bekannt. Ein hoher Polizeibeamter starb im selben Wagen, der überlebende, mitfahrende Abgeordnete steht mittlerweile genauso wie der damalige Innenminister Mehmet Agar wegen Mißbrauch der Amtsgewalt vor Gericht.

Die Struktur scheint nach Bekanntwerden der Gladio-Organisation 1993 als eine 10.000 Mann starke Sonder Einheit, bestehend aus einem Polizei-Spezialteam, den

„Grauen Wölfen“ und den kurdischen „Dorfwächtern“, unter der Führung des Innenministeriums neu formiert worden zu sein. Sie hatten die Erlaubnis, alle der Verbindung mit der PKK verdächtigen Personen einfach umzubringen. Aus dem Sonderfonds, mit dem sie finanziert wurden, fehlen eine halbe Milliarde Schilling. Daneben hatten sie hohe Einkünfte aus dem Drogenhandel.

Mitte August ist auch noch der Rechtsextreme Alaatin Cakici in Nizza festgenommen worden. Mit dabei war sein Telefonverzeichnis und sein diplomatischer Pass. Auch er gilt als dem ehemaligen Innenminister nahestehend, und soll mit Aydin Dogan und Özer Ciller an Drogen- und Goldgeschäften und Schmuggel von nuklearem Material beteiligt gewesen sein. Die türkischen Zeitungen schreiben bereits von einem Krieg der Geheimdienste in der Türkei.

Seit dem Attentat auf Birdal ist die Zahl der Attentate weiter gestiegen. Zwei Vertreter religiöser Sekten, harmlose Barbesucher, ein Volkssänger und Parteimitglieder sind umgebracht oder angeschossen worden. Angriffe und Anschläge gab es auf eine kritische Fernsehstation, auf das Büro der ultranationalistischen MHP, auf einen Überlandbus (angeblich durch die maoistische Bewegung Tikko), auf einen Bahnhof und auf ein Teehaus. Die Türkei gleitet, wie so oft vor einem Militärputsch, in ein politisches Chaos ab.

Heimlich zu Diensten

Markus Purkhart hat sich in den letzten Jahren intensiv mit den österreichischen Geheimdiensten auseinandergesetzt und eine politikwissenschaftliche Analyse über die parlamentarische Kontrolle verfaßt. Nächstes Jahr wollen die Institute für Politikwissenschaft und für Zeitgeschichte ein Symposium zum Thema Geheimdienste veranstalten.

DAS INTERVIEW FÜHRTE
LUDWIG CSÉPAI

Zoom: *Sind die österreichischen Geheimdienste eine Bedrohung für die StaatsbürgerInnen?*

Purkhart: Aus der derzeitigen Kontrollsituation läßt sich nicht ersehen, ob sie eine Bedrohung sind oder nicht.

Was verstehen Sie unter Kontrollsituation?

Es wurde noch kein einziger Statusreport, kein einziges Ergebnis mitgeteilt, aus dem hervorgeht oder in dem eindeutig festgestellt wurde, daß die österreichischen Geheimdienste keine Bedrohung für die österreichischen Bürger seien.

Wer sollte das feststellen können?

Das Parlament als Kontrollorgan der Verwaltung, als dessen es sich zumindest selbst bezeichnet.

Hat es überhaupt die Möglichkeit dazu?

Die theoretischen Möglichkeiten hat es schon, die praktischen Möglichkeiten, so wie die Umstände jetzt sind, nicht.

Wie ist der Zustand der Parlamentskontrolle bezüglich der Geheimdienste?

Das Parlament könnte sich als Gesetzgeber seine Kontrollmöglichkeiten selber schaffen, macht dies aber nur beschränkt.

Das hängt, nehme ich an, mit den Parteien zusammen.

Das hängt primär mit den Regierungsparteien zusammen, von denen eine Kontrolle nicht zu erwarten ist. Einerseits könnte diese Kontrolle die Ressorts der eigenen Partei schädigen, ande-

rerseits verhindert sie auch eine konkrete Erweiterung oder Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle.

Was wäre also zu tun für eine Verbesserung?

Es wurden immerhin Unterausschüsse zur Kontrolle der österreichischen Geheimdienste installiert. Die Abgeordneten zu diesen Unterausschüssen sind zur Geheimhaltung verpflichtet, was auch strafrechtlich abgesichert ist. Aber diese Ausschüsse sind nicht mit echten Kontrollmöglichkeiten ausgestattet. Sie sind eigentlich eine halbherzige Lösung, der Schein wurde gewahrt, indem diese Ausschüsse eingerichtet wurden, tatsächlich haben die Abgeordneten einerseits keine Möglichkeiten zur Kontrolle, andererseits können sie auch nicht über die nicht vorhandene Kontrolle reden. Sie sind schlicht und einfach abhängig von der Wahrheit der Auskünfte der Regierungsmitglieder. Sie können die Auskünfte selbst nicht überprüfen, außer die Mehrheit stimmt zu. Das aber war bisher noch nicht der Fall.

Es gibt also keine parlamentarische Kontrolle, die der Öffentlichkeit berichtet?

Das Parlament publiziert keine Reports über ihre eigenen Einrichtungen. Die Parlamentsdirektion verweist an die einzelnen Parteien – man möge sozusagen dort anfragen. Dort ist es dann so, daß die Parlamentklubs der Regierungsparteien naturgemäß mit der Kontrolle zufrieden sind, jene der Oppositionsparteien nicht. Das, was ver-

öffentlicht wird, gibt nicht den geringsten Hinweis auf eine funktionierende Kontrolle.

Welche Kontrolle soll dann gelten, die der Medien oder sollen diese kontinuierlich das Ziel einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle fordern?

Aus meiner Sicht, und das gilt nicht nur für die Geheimdienste, muß die parlamentarische Kontrolle, die wirklich Kontrolle sein will, eindeutig kontrollieren können. Der Begriff Kontrolle wird sehr schwammig verwendet, wie aus meiner Untersuchung hervorgeht. Dabei konnte ich feststellen, daß unter Kontrolle in erster Linie die Einsichtnahme in Akten verstanden wurde, allerdings nicht die Festlegung von Soll-Werten, mit denen dann das Ergebnis verglichen werden kann. Was soll also die Einsicht in Akten bringen, wenn ich mich nicht auskenne und wenn ich mir selbst keine grundlegenden Linien überlegt habe?

Bedeutet das nicht, daß man von außen Druck erzeugen muß, damit sich etwas verändert?

Es wäre einerseits notwendig, dieses Thema solide und vorurteilsfrei, möglichst wissenschaftlich zu behandeln – und nicht nur tagespolitisch, wie es zur Zeit läuft. Dem Parlament kann ich selbst nur wünschen, daß es sich etwas grundlegender mit der Materie auseinandersetzt, als es aus den bisherigen parlamentarischen Debatten hervorgeht. Parlamentarische Debatten beschäftigten sich

bezüglich der Geheimdienste bisher nur mit direkt verwertbaren Themen wie der Überwachung der Österreicher. Das macht in etwa ein Drittel der ganzen parlamentarischen Thematik aus. Grundlegendere Infragestellungen fehlen völlig.

Was wäre eine nabeliegende Strategie, um eine vernünftige öffentliche Diskussion zu erzeugen?

Eine fundiertere, an den politischen Grundlagen orientierte Diskussion und Berichterstattung wäre hier förderlich. Wir zum Beispiel wollen nächstes Frühjahr ein wissenschaftliches Symposium über die Rolle von Geheimdiensten im politischen System. Es wird zwei Tage dauern, am Abend soll dann eine öffentliche Veranstaltung stattfinden, wo sowohl Regierungsvertreter als auch Geheimdienstvertreter angefragt sind zu erscheinen.



Inwieweit sind Geheimdienste daran interessiert, sich öffentlich diskutieren zu lassen?

Meiner Einschätzung nach ist es so, daß die Geheimdienste von einer öffentlichen Einschätzung abhängig sind, auch um ihre eigene Position zu stärken. Es ist natürlich das alte konspirative Bild, daß vom Geheimdienst so gut wie nichts an die Öffentlichkeit treten soll. Meiner Auffassung nach hat sich dieses Bild mittlerweile verändert, auch durch die häufige Kritik. Geheimdienste treten im Grunde ja nur durch aufgeflogene Skandale ans Licht der Öffentlichkeit.

Im Sinne einer positiven Imagewerbung haben es die österreichischen Geheimdienste nötig, sich der öffentlichen Diskussion zu stellen und grundlegende Fragen zu diskutieren.

So weit ich weiß, haben Sie diese Problematik mit Zeitzeugen, also mit ehemaligen Angehörigen der österreichischen Geheimdienste, diskutiert. Wie haben sie ihre Geheimdienstpolitik verstanden und legitimiert? Wieweit sind diese daran interessiert, Öffentlichkeit zu erzeugen, oder schweigen sie einfach?

Bei mir war es grundsätzlich so, daß die Kontakte und Gespräche überhaupt nur über privaten Zugang zustande gekommen sind. Ich wollte auch offiziellen Zugang über die verschiedenen Dienste und habe auch angefragt, ob sich nicht jemand mit mir unterhalten könnte. Hier kann man eindeutig unterscheiden: Die Staatspolizei war eigentlich sehr entgegenkommend, es wurden Kontakte geknüpft, und ich konnte das eine oder andere tatsächlich besprechen. Beim Heeresdienst wurde mir kein einziger Kontakt vermittelt. Bei einem privat entstandenen Kontakt zum Heeresnachrichtendienst war es der Fall, daß dieser Herr kein Wort darüber sprechen wollte. Er sagte, wir können uns gerne treffen, aber über Geheimdienste sprechen wir nicht. Die ehemaligen Mitglieder der Staatspolizei waren einigermaßen gesprächsbereit, jedoch nur bis zu gewissen Grenzen. Im nachhinein hat sich dann herausgestellt, daß so gut wie alles,

was sie erzählt haben, woanders schon nachlesbar war.



Das ist doch seltsam. Man sagt doch, in Österreich bleibe nichts verborgen, durch Intrigen würde immer alles herauskommen. Sind die Dienste anders?

Das würde ich nicht als negativ beurteilen. Soweit ich Einblick hatte, funktioniert das tatsächlich. Im Gegenzug muß natürlich sichergestellt sein, daß sie parlamentarisch kontrolliert werden.

Haben Sie sich im Laufe Ihrer Arbeit auch die Beziehungen zwischen Medien und Geheimdiensten angesehen?

Es bestehen die verschiedensten Kontakte. Jeder Journalist, der etwas auf sich hält und sich mit diesem Bereich beschäftigt, verfügt über den einen oder anderen Informanten. Genau dies ist aber nur kurzfristig interessant, wissenschaftlich aber nicht verwertbar. Was hilft mir der anonyme Informant, wenn ich keine Belege dafür habe?

Bedeutet das nicht auch, daß österreichische Geheimdienste tagespolitisch durchaus Einfluß nehmen können, eben durch Weitergabe von Informationen?

Das ist zumindest möglich, wie der Fall der Tiroler Schützen gezeigt hat.

Hier scheint also zum sonstigen Schweigen ein ständiges Leck zu bestehen.

Aus meiner Sicht ist das Desinformationspolitik. Wenn also etwas von seiten

der Geheimdienste kommt, dient das eher der Irritation als der Klarstellung, soweit meine Vermutung. Wollte nämlich jemand etwas klarstellen, könnte er gleich offiziell an die Öffentlichkeit treten.

Inwieweit könnte eine parlamentarische Kontrolle solche, mitunter gefährliche Spielereien unterbinden?

Da ist grundsätzlich die Gesetzgebung angesprochen. Die österreichischen Dienste gehören rechtlich fundamementiert. In Deutschland gibt es für jeden Dienst eigene Gesetze, die zwar auch sehr allgemein sein mögen, jedoch über die wesentlichen Inhalte verfügen. In Österreich haben wir dazu schlicht und einfach nichts. Wir haben das Sicherheitspolizeigesetz aus 1991, von dem auch die Staatspolizei betroffen ist. Es ist heute noch nicht klar, ob die Staatspolizei über eine eigene nachrichtendienstliche Kompetenz verfügt oder verfügen soll. Es ist nirgends erkennbar. Mit der Errichtung des Bundesheeres 1956 wurde ihm die Kompetenz eines Nachrichtendienstes zugesprochen. Wie dieser Nachrichtendienst ausschauen soll, was man sich darunter vorstellen darf, ist jedoch nirgends festgelegt, außer in Erlassen und Weisungen.

Aus einer Ihrer Graphiken konnte man ersehen, daß bei parlamentarischen Anfragen die Zahl jener, die die Staatspolizei betreffen, weitaus höher sind und sich auch noch parteipolitische Linien abzeichnen.

Eindeutig. Die FPÖ und die ÖVP haben vernachlässigbare Anfragen zum Heeres-

nachrichtendienst gestellt. Das Schwergewicht liegt auf der Staatspolizei. Sie ist auch leichter greifbar. Heeresdienste haben in der parlamentarischen Behandlung bis Ende der achtziger Jahre so gut wie nicht existiert, obwohl sie personell als auch budgetär mindestens gleichwertig mit der Staatspolizei sind.



Technisch wahrscheinlich sogar weitaus besser ausgerüstet.

Ja. Das ist aber allgemein bekannt.

Sie kennen, glaube ich, unsere Broschüre über Gladio¹. Haben Sie im Zuge ihrer Forschungen etwas erfahren, was unsere These bezüglich der personellen Rekrutierung aus alten und Neonationalsozialisten stützt? Gab es einen Hinweis auf die Existenz einer österreichischen Gladio-Organisation? Wir können uns ja bei einem Beitritt zur Nato so etwas möglicherweise über die zu schließenden Verträge ganz offiziell einhandeln.

In der parlamentarischen Behandlung, die sich in öffentlich zugänglichen Dokumenten niedergeschlagen hat, wurden die Anfragen in auffällender Übereinstimmung, im Gegensatz zu anderen Anfragen, geschlossen mit Nein beantwortet. So etwas von Nein kommt selten vor. Es wurden keinerlei weiteren Informationen geliefert. Aus meiner Sicht wurde eindeutig

gemauert. Es wurde auch nicht der Versuch unternommen, die Anschuldigungen, die in den Anfragen impliziert waren, in irgendeiner Weise zu entkräften.

Nach der Räumung der Waffenlager ist ja der Historikerreport herausgegeben worden, der randvoll mit Vermutungen und auch mit internen Widersprüchen ist. Sogar innerhalb eines Artikels von einem Autor waren Widersprüche erkennbar. Es wurde unter gleicher Geheimhaltung geräumt wie seinerzeit unter den USA angelegt. Es hat sich in der Methode nichts geändert.

Eins ist aber definitiv aus dem Report herausgegangen, daß nämlich die Anleitungsbücher in deutsch sind.

Könnten auch für Deutschamerikaner gedacht gewesen sein. Aber auch hier sieht man, daß eine staatliche Information, die eigentlich die Diskussion verbessern könnte, hintangehalten wird. Leider wird es in Österreich nach wie vor so betrieben, daß bei konfliktreicheren Themen gerne einmal Historikerkommissionen eingesetzt werden, um das Thema abzdrehen. Der Bericht ist dann fast als Verschußsache gehandelt worden und ist erst ein Jahr später oder noch später erschienen, als die ganze Geschichte schon wieder eingeschlafen war.

Ein Resumee?

Was am parlamentarischen Diskurs interessant erscheint, ist, daß an einer grundlegenden Erörterung der Thematik Geheimdienste – Ja oder Nein, wie soll ein Geheimdienst ausschauen, was soll ein Geheimdienst dürfen – der österreichische Gesetzgeber kaum ein Interesse zu

haben scheint. Es wird Tagespolitik betrieben, die zur Kontrolle eingerichteten Institutionen, die ständigen Unterausschüsse, wurden mit minimalen Kompetenzen ausgestattet, die eine ständige Blockade der Kontrolltätigkeit selbst bedeuten. Die Heeresgeheimdienste haben es bisher immer noch geschafft, weniger als die Staatspolizei an die Öffentlichkeit, auch an die parlamentarische Öffentlichkeit, zu treten. Gleichzeitig sind die Heeresnachrichtendienste rechtlich nicht fundiert, es gibt keinerlei Grundlagen, sie dürfen im Grunde alles – oder zumindest ist es nicht nachvollziehbar, was sie dürfen und was nicht. Das ist ein demokratisch inakzeptabler Zustand. Die Staatspolizei wiederum ist sich selbst nicht im klaren, ob sie jetzt ein Nachrichtendienst sein darf oder nicht, obwohl sie der

Ansprechpartner für alle internationalen Geheimdienste ist. Gleichzeitig hat sie nicht die Kompetenzen eines Geheimdienstes, obwohl sie diese Rolle wahrnehmen soll. Es bleiben mehr als genug Fragen offen, die wir zumindest im Rahmen des projektierten Symposions hoffen, diskutieren zu können.

¹ Es muß nicht immer Gladio sein. Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken. ZOOM Nr. 4+5/1996, öS 85,—



Parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste

Die Geheimhaltung der Dienste wie die Brisanz ihrer Tätigkeit verlangen eine effektive parlamentarische Kontrolle. Für dementsprechende Kontrollmöglichkeiten wurde seitens des Parlaments nicht ausreichend gesorgt.

Ein konkreter Gestaltungswille des Parlaments zur Effektivität der parlamentarischen Kontrolle ist aus den Ergebnissen außer in entfernten Ansätzen und Detailbereichen nicht erkennbar und dokumentierte sich in verzweifelten Anträgen an die Regierung, „für die parlamentarische Kontrolle“ zu sorgen. Ausnahmen hierzu sind die Initiativanträge zur Einrichtung der ständigen Unterausschüsse sowie zum Beschluß eines Geheimdienstgesetzes für alle österreichischen Geheimdienste.⁸⁰

Das Parlament scheint mit dieser komplexen Materie über lange Zeit hindurch überfordert gewesen zu sein. Erst in jüngerer Zeit konnten grundsätzliche Ansätze und Vorschläge im Parlament Fuß fassen. Es ist zu hoffen, daß diese ausgebaut und verbessert werden.

Sachpolitik

Zum Thema österreichische Geheimdienste gestellte Anträge wurden nur angenommen, wenn sie von (zumindest) einer Regierungsfraktion gestellt wurden. Die Annahme eines von einer Oppositionspartei gestellten Antrags durch die Regierungs-

fraktion konnte nicht festgestellt werden. Eine parteipolitische Orientierung am Gegenstand muß zum Unterschied von einer sachpolitischen konstatiert werden.

Ein Paradebeispiel dafür ist der 1969 einstimmig beschlossene Antrag zu einem Stapo-Gesetz sowie die Erkenntnis, daß zur Kontrolle der Geheimdienste eine parlamentarische Einrichtung notwendig wäre. Nachdem die SPÖ 1970 die Regierung übernommen hatte, waren alle diesbezüglichen Bemühungen hinfällig. Wurde anfänglich (während der Minderheitsregierung) noch versichert, dem Parlament Ende 1970 einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, so bestand knapp sechs Jahre später für die Schaffung eines Staatspolizeigesetzes keinerlei Notwendigkeit.⁸¹

Die ständige Kontrolle der Geheimdienste

Die Einführung der ständigen Unterausschüsse bestätigt die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Kontrolle der österreichischen Geheimdienst.

Der einstimmige Beschluß zur Einführung dieser Kontrollinstanzen erfolgte 1991, ihr Arbeitsbeginn Ende 1993. Die geringe Ausstattung der ständigen Unterausschüsse mit faktischen Möglichkeiten zum konkreten Eingriff läßt allerdings auf eine halbherzige Lösung schließen.

Die Abhängigkeit von der Mehrheit bezüglich der Einsichtsmöglichkeiten kann die

direkte Kontrolle und damit die eigene Einsicht verhindern. Für eine effektive Kontrolle der Geheimdienste wurde in diesem Fall nicht ausreichend gesorgt. Die Opposition klagt vier Jahre nach Einführung der ständigen Unterausschüsse noch immer, daß die Mehrheit die volle Einschau in die Arbeit der Geheimdienste verhindern würde.⁸²

Die Verhinderungsmöglichkeiten der Bundesminister widersprechen jeglicher Kontrolleffektivität. Es besteht für die Bundesminister keine Verpflichtung zur Auskunft und Einsichtsgewährung, wenn „Nationale Interessen“ oder die „Sicherheit von Personen“ gefährdet sind. Eine verbindliche Definition dieser Standardphrasen besteht nicht, eine Überprüfung der Angemessenheit dieser Floskeln ist unmöglich. Dieser Punkt wird besonders im Bereich der Geheimdienste schlagend, wo man davon ausgehen kann, daß der Großteil der Thematik die „nationale Sicherheit“ betrifft.

Gegenüber der entsprechenden Verfassungsbestimmung (Art 52 a (2) B-VG) wurde für die Minister im Geschäftsordnungsgesetz eine schon bestehende Möglichkeit erweitert sowie eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen, um auf Fragen bzw. Einsichtsverlangen nicht reagieren zu müssen. Die Erweiterung gegenüber der Verfassungsbestimmung betrifft die Veränderung von

Ergänzend zum vorherigen Interview mit Markus Purkhart bringt ZOOM einen Auszug aus seiner Diplomarbeit: Staatspolizei, Heeresnachrichtenamt und Abwehramt. Die österreichischen Geheimdienste aus der Perspektive parlamentarischer Transparenz und Kontrolle - eine politikwissenschaftliche Analyse zur österreichischen Demokratie, Wien 1998, S.85-89.

VON MARKUS PURKHART

„nationaler Sicherheit“ in den diffuseren Begriff der „nationalen Interessen“. Die vom Parlament selbst geschaffene neue Möglichkeit der Verweigerung, falls es den Ministern „nicht möglich“ [!] ist, Auskunft zu geben oder Einsicht zu gewähren.

Die strafrechtlich gesicherte Vertraulichkeit der Sitzungen verhindert jegliche Öffentlichkeitswirkung. Das ist sinnvoll, sofern den Abgeordneten alle Möglichkeiten zur Kontrolle offen stehen. Wenn eine vollständige Kontrolle jedoch verhindert werden kann, dann ist keine Vertraulichkeit notwendig, und die Abgeordneten der Ausschüsse könnten die Öffentlichkeit mit den Ergebnissen ihrer Prüfungstätigkeit konfrontieren.

Öffentlichkeitswirksamkeit

In vielen Fällen läuft der Kontrollzyklus über die Öffentlichkeit und die Medien. Die Effektivität der Regierungskontrolle durch die Fraktionen des Nationalrats hängt wesentlich von ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit ab.

Durch die öffentliche Präsentation der Prüfungsergebnisse wird eine Reaktion der Öffentlichkeit bewirkt, bei Nichtübereinstimmung mit der öffentlichen Meinung dadurch Druck auf die Regierung erzeugt. Dieser Druck kann für das Parlament die nichtvorhandene Möglichkeit der direkten Einflußnahme auf die Regierung ersetzen. Die Auskunftssaktion von Bundesminister für Innere Angelegenheiten Löschnak ist dafür ein Beispiel, die mit einer gleichzeitigen Erhöhung des Informationsniveaus für die Par-

lamentarier einherging.⁸³

Der Frage/Antwort-Fit der Anfragen zeigt, daß mündliche Anfragen vollständiger und informativer beantwortet werden als schriftliche. Die übliche Reaktion der jeweils regierenden Partei ist jedoch die weitgehende Tabuisierung des Themas und der Versuch, die Geheimdienste und ihre Agenden aus der politischen Schußlinie herauszunehmen. Die Regierungen sind bestrebt, das Thema der österreichischen Geheimdienste der parlamentarischen Öffentlichkeit zu entziehen (s.o.).

Speziell für den Bereich der militärischen Dienste besteht das Bestreben, die diesbezügliche Diskussion dem Plenum zu entziehen und in die ständigen Unterausschüsse zu verbannen.

Der Bundesminister für Landesverteidigung meint kontinuierlich, daß man die Kompetenz dort belassen sollte, wohin sie das Parlament verlegt hat.⁸⁴

Anfragen erfolgen großteils erst nach Medienberichten. Diese Praxis ist einerseits erklärbar mit der geringen Informationsmöglichkeit der Abgeordneten, andererseits stellt sich auch die Frage, wie weit auch Abgeordnete erst auf öffentlichen Druck reagieren bzw. öffentlichen Rückhalt benötigen, um Aktionen zu setzen. Eine von der öffentlichen Meinung unabhängige Eigeninitiative ist selten.

Ministerien betreiben keine Öffentlichkeitsarbeit zu ihren Geheimdiensten oder nur in bescheidenem Ausmaß im Vergleich zu ihrer sonstigen Verwaltungstätigkeit. Ein Grund dafür kann auch in nicht vorhandenen

rechtlichen Grundlage zu finden sein.⁸⁵

Die Vermittlung der Wirksamkeit der Geheimdienste und die nachträgliche Darstellung von Erfolgen wäre aber sicherlich dem Image und Verständnis für diesen Teil des Sicherheitsapparates förderlich und der demokratischen Qualität Österreichs zuträglich.

80 Vgl. Abg. Kostelka, 28.11.1996, 20.GP, 326/A

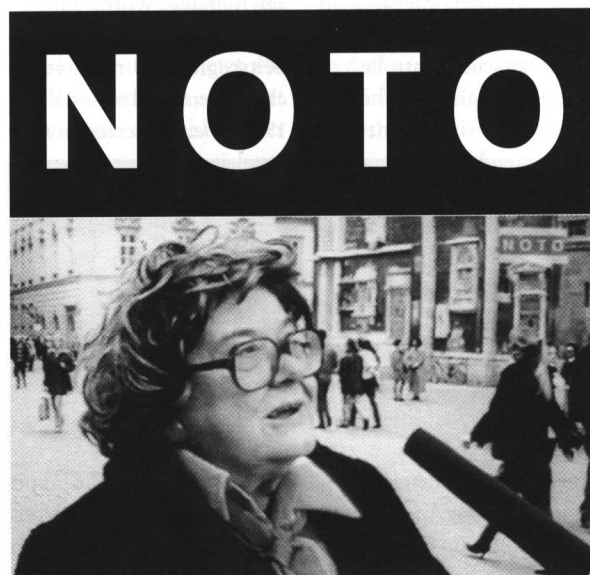
81 Vgl. BMI Rösch, 17.6.1970, 12.GP, Beantwortung von 83/M (8. Sitzung: 291); 11.2.1976, 14.GP, 75/AB zu 46/J

82 Vgl. Abg. Wabl, 23.1.1997, 20.GP, Debatte zum RH-Tätigkeitsbericht 1994 (58. Sitzung: 148)

83 Vgl. BMI Löschnak, 2.12.1992, 20.GP, 1640/AB zu 1843/J; 17.1.1992, 20.GP 1985/AB zu 1999/J

84 Vgl. BMLV Fasslabend, 26.2.1992, 18.GP, Beantwortung von 168/M (59. Sitzung: 6121F.); 30.7.1996, 20.GP, 727/AB zu 703/J; 20.11.1996, 20.GP, 1262/AB zu 1235/J

85 Information von Hauptmann Rudolf Gollia, Pressesprecher von BMI Schlögl.



Ich habe den Krieg mitgemacht. Es ist gegen Frauen und Kinder gegangen und gegen alte Leute. An der Front sind weniger Leute zugrunde gegangen, weniger Männer zugrunde gegangen, wie hier in den Städten. Ich kann voll und ganz sagen, ich bin gegen alles, was mit Krieg und Kampf und Soldatentum zu tun hat. Sie sind ja keine Leibeigene vom Staat, wenn sie Soldaten spielen müssen in ihrem Leben.

ars electronica / Linz 4.-11. September

Friede nach Art der *Presse*

Anfangs wird in dem Kommentar noch versucht, den Kontrahenten eine gemeinsame Ebene zu unterstellen: „beiderseits wüste Ausritte“. Was ist wohl passiert, daß Schweizer wüst ausreiten? Was soll im Sinne der Opfer da noch wüst sein? Gleich darauf müssen die armen Schweizer Banken eine „horrende“ Summe auf dem Tisch zurücklassen. Unter Horror verstehe ich bei dem Thema dieses Kommentars die systematische Ermordung, Vergewaltigung und Vergasung der Juden und Jüdinnen. In diesem Kontext eine Geldsumme so zu bezeichnen ist bezeichnend.

Dann wird Lenhardt deutlicher: „erpreßt“ oder nicht – die Banken sind über den Kompromiß erleichtert, wohingegen es die Gegner gewagt hatten, „sich nicht wiedergutzumachendes Unrecht über den Zeitabgrund von über 50 Jahren mit viel Geld abgelden zu lassen“. Nun, erstens ging es hier um die bei den Schweizer Banken deponierten jüdischen Vermögen, respektive deren Zurückforderung, die von gutsituierten BürgerInnen und respektablen Banken vereinnahmt, falls nicht sogar einfach unterschlagen worden sind, und nicht um den begangenen Massenmord, zweitens ist dieser Mord der Abgrund und nicht die seither vergangene Zeit. Und dann will jemand auch noch Geld dafür, nämlich für den Mord wird damit insinuiert und nicht für die, milde ausgedrückt, verschwundenen Ver-

mögen. Was schreibt sich da heraus? Will hinaus? Vielleicht nur der übliche Antisemitismus, nämlich „Blutgeld“ oder „die Ermordung und Folterung lassen sie sich teuer bezahlen“ oder „machen noch ein gutes Geschäft dabei“? Ist dies Gemeine gemeint? Denn der „Churban“ selbst ist nicht berechenbar und hier gibt es auch nichts zu zahlen. Dafür gibt es keine Entschädigung und wer dies unterstellt, ist der Geist, den er erkennt. Tatsächlich hat nämlich das Eingeständnis der Schweizer Banken vor Gericht, „gesündigt“ und „Vertrauen mißbraucht“ zu haben, zum Kompromiß wesentlich beigetragen.

Das Gold aus jüdischen Mündern, die Ringe usw. sind ein anderes Thema: Dabei geht es um die Schweizer Nationalbank, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, um die Deutsche Bundesbank, die Degussa und die deutschen Banken sowie die durch Krieg oder durch Annexion angeschlossenen Banken. Und um die privaten Goldkonten der Nationalsozialisten in der Schweiz und auch anderswo. Bei dem Vergleich ging es um die Konten und nicht um „Raubgold“.

Und schließlich weiß man ja von der Großzügigkeit aller Banken bei alten Schulden. Weder haben sie SchuldnerInnen je unter Druck gesetzt noch haben sie ihnen enorme Strafzinsen aufgerechnet. Und schon gar nicht ist das jemals als Erpressung bezeichnet worden.

Natürlich dürfen in dem Kommentar auch die „Zünd-

ler“ nicht fehlen, schön verteilt auf beide Seiten, ungewohnt „neutral“ für die Presse. Allerdings sind die „Anständigen“ nur auf der Seite der Schweizer zu finden, die schon mal rot sehen dürfen, angesichts der Methoden, „mit denen prinzipiell Zahlungswilligen das Messer angesetzt wurde“. Wer die mehrjährige Entwicklung verfolgt hat, wird weder von Zahlungswilligen noch von Prinzipien etwas bemerkt haben, wie das Buch von Tom Bower „Das Gold der Juden“ hinreichend dokumentiert. Im Gegenteil, erst die Abweisung des Jewish World Congress, der Verhandlungen im stillen führen wollte, durch die Schweizer Institutionen und Banken, führte zu der internationalen Debatte über die Rolle der Schweiz und ihrer Banken im Zweiten Weltkrieg. Über lange Zeit verhielten sich die Nachfahren nach dem von den Vorfahren hinterlassenen, erfolgreichen Muster: dementieren, verharmlosen, nichts zugeben, auf Zeit setzen, „alles ist schon bekannt“ und der Rest rechtens nach Schweizer Recht. Der Bruch kam mit dem einfachen Wachmann Christoph Meili. Er rettete Bankdokumente vor dem Reißwolf, die nicht hätten vernichtet werden dürfen. Diese Dokumente belegen die Involvierung Schweizer Banken in die Arisierungsverfahren in Deutschland. Dann wurde auch noch bekannt, daß in den Goldbarren, die das Dritte Reich an die Schweizer Nationalbank verkaufte, höchstwahrscheinlich auch

Ein Kommentar mit dem Titel „Nach dem Raubgold-Frieden“ von Dieter Lenhardt in der Presse vom 14.8.1998 beschäftigt sich mit dem Vergleich, den die zwei Schweizer Großbanken United Bank of Switzerland und Credit Suisse Group mit den jüdischen Überlebenden und den Nachfahren der jüdischen Opfer des „Churban“¹ über die nachrichtenlosen Konten geschlossen haben. Mit dem Abkommen sollen angeblich die Boykottandrohungen und alle Klagen bezüglich der Schweizer Nationalbank und dem Staat hinfällig geworden sein, nicht aber die Forderungen an die Versicherungen. Damit wird das Washingtoner Abkommen stillschweigend als endgültig betrachtet und die Nationalbank salviert sich mit einem Beitrag zum Schweizer Fonds für Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungs politik.

VON GLÜCKSTHAL LAJOS

das herausgebrochene Zahn-
gold der jüdischen Opfer ein-
geschmolzen war. Doch auch
dies war noch nicht ausrei-
chend. Erst der entschie-
dene politische und ökonomi-
sche Druck von seiten der
USA, der Stadt New York
und etlicher US-Bundesstaa-
ten hat den Kompromiß,
dem sich die Schweizer Ban-
ken und auch der Schweizer
Staat mit allen Mitteln über
Jahre hinweg entziehen
wollten, gebracht. Mit dem
1.9.1998 wären erste Sank-
tionen in Kraft getreten.

Von sich aus hätte die
Schweiz und ihre Institutio-
nen, wie in den vergangenen
fünfzig Jahren, möglichst we-
nig bis gar nichts getan. Nur
unter dem Dauerdruck einer
Weltmacht, deren offizielle
Vertreter sich der Stellung-
nahmen für oder gegen ent-
hielten, konnte nach drei Jah-
ren ein erstes Ergebnis erzielt
werden. Mit der Vorstellung
eines Messers an der Kehle
assoziiere ich übrigens mehr
die Situation jener Juden und
Jüdinnen, die Österreich,

respektive das Dritte Reich,
noch verlassen konnten und
die in Notverkäufen oder
Arisierungsverfahren ihr Hab
und Gut unter jedem realen
Wert verkaufen mußten. Da-
von haben ÖsterreicherInnen
bis heute profitiert, unter ih-
nen ein rechts bekannter Po-
litiker. Auch so eine halb ver-
borgene Kontinuität. Schade,
daß eine so traditionsbe-
wußte Zeitung wie die Presse
die Hervorhebung solcher
Kontinuitäten meidet.

Es wirkt auch sonst recht
eigenartig, daß die Presse,
der sonst das wohlverworbene
Eigentumsrecht über alles
geht und die jede Sozialisie-
rung von Profiten ablehnt, in
diesem sehr speziellen Fall so
gar nicht auf die Eigentums-
rechte der verfolgten Juden
und Jüdinnen gegenüber den
Schweizer Banken eingeht.
Haben denn diese keine Bür-
gerrechte und das heißt
gleichwohl Eigentumsrech-
te? Sind sie ein Sonderfall
der Geschichte des kapitali-
stischen Rechtsstaates? Nicht
in den USA, aber, so scheint

es zumindest, in Europa
dank. Warten wir es ab.

Denn nun kommen wir
zur Konklusio des Artikels:
„Österreichische Raubgold-
ausläufer“! Nettes Wort,
Ausläufer statt Mitläufer.

Als Einleitung ein bisschen
Beschwichtigung: „Altäter“
gibt es vereinzelt und dazu
eine „Handvoll Neonazis“. Soviel zur Kontinuität in
Österreich. Es hätte doch
noch verharmlosender gehen
können, etwa: gar keine,
oder: „wo waratn denn die“. Wie man von allen Seiten er-
fahren hat, ist ja Fuchs kein
Rechtsextremer, sondern nur
ein „typischer österreichi-
scher Psychopath“.

Doch nun ans Eingee-
machte: In Österreich re-
gierten Schadenfreude und
Genugtuung darüber, daß
die Schweiz auch eine Ver-
gangenheit hat, dabei wur-
den diese Ressentiments von
der Ignoranz gegenüber den
eigenen Arisierungsgewinnen
begleitet. Denn sonst wäre
man viel früher zur Einsicht
gekommen, daß die Ent-
wicklung in der Schweiz Aus-
wirkungen auf Österreich
und Deutschland haben wür-
de, in welcher Form auch im-
mer. Vorsichtshalber wartete
man ab, ob es die Schweiz
allein schaffen würde, die
berechtigte Einforderung
von Eigentum abzuwehren.
So lange wollten, weder in
Österreich noch in Deutsch-
land, die politisch Verant-
wortlichen und die ökonomi-
sch Mächtigen etwas tun.
Mal schauen. Soll doch die
Schweiz die Mauer machen
und eine schlechte Presse
haben. Aber jetzt ist dieser
Schutz weg und damit kom-
men Forderungen an die ei-
gentlichen Länder der Täter-
Innen. Das war aber klar,
die Schweiz ist das Exempel

gewesen, aber nicht das
schuldige Land, das für die
Opfer des Churban zu zah-
len hat (Nein, nur für die
einbehaltenen Vermögens-
werte der Opfer und der
Nachfahren). Das hätten sie
nur gerne in Deutschland
und Österreich so gehabt.
Nun aber beeilen sich die
deutschen Institute, die An-
fang Juni geklagt worden
sind, eine rasche Lösung
auf dem Verhandlungsweg
zu finden. Übrigens finden
sich unter den Gründern
der Deutschen und der
Dresdner Bank zum über-
wiegenden Teil jüdische Pri-
vatbankiers. Der Bericht
der von der Deutschen
Bank beauftragten Histori-
kerkommission gibt erst-
mals auch Auskunft über
die Rolle der CA.²

Bekommen registrieren
nun, laut Kommentar, die
einen in Österreich den Mil-
liarden-Kompromiß, und
schon fragen sie sich: „Hört
das denn nie auf?“ Was, bit-
te? Was, Herr Lenhardt, hört
nie auf? Der „ewige Feld-
zug“? Fünfzig Jahre sind
keine Ewigkeit, und niemand
führt hier Krieg und er-
schießt „Faschisten“ und
„unkorrekt Andersdenken-
de“! Nur ein ganz gewöhn-
licher Bombenbastler, der
laut kolportierten Mel-
dungen auch niemanden weh
tun wollte, befand sich in
einem „Privatkrieg“, deren
Opfer außer Polizisten vor
allem um die Integration
hier lebender ImmigrantIn-
nen Bemühte und Vertreter-
Innen von Minderheiten
waren. Nicht zu vergessen
die Bekenner-Briefe, in de-
nen Wiesenthal voller Haß
erwähnt wurde.

Im letzten Absatz schlägt
der Autor eine bemerkens-
werte Volte und hofft auf



manche, die das „Raubgold-Thema“ (wahrscheinlich von Wagnerschen Opern inspiriert) nicht nur negativ sehen, und ruft zur politischen Korrektheit auf („Nie vergessen!“), so als hätte er das Vorhergeschriebene schon wieder vergessen. Das Nievergessen braucht er allerdings mir nicht zu erzählen, nur den Presse-LeserInnen, denen eine „haarige Diskussion“ zu wünschen wäre.³ Dieser Schluß wirkt zu sehr wie ein Feigenblatt, das den Sündenfall verdecken soll. Denn eigentlich müßte hier zur legitimen Rückgabe der arisierten Wohnungen, Geschäfte, Firmen etc. oder zumindest zur Entschädigung aufgefordert werden. Damals, 1938, waren sich Mob und Bürgertum in der gemeinschaftlichen Aneignung einig eine tätige Volksgemeinschaft. So ein gemeinsamer Raubzug hält auch über den „Zeitabgrund“ von fünfzig Jahren zusammen, wie man in den kommenden Diskussionen noch bemerken wird.

Daß sich daher auch der rechts bekannte Politiker in die Diskussion einmischt und dabei hofft, von Vorwürfen gegenüber dem WJC zu profitieren, ist nur logisch. Schließlich haben die Waldheim-Jahre und die Reaktualisierung längst vergessenen geglaubter Stimmungen und Mentalitäten nicht unwesentlich zu seinem Aufstieg beigetragen. Und deshalb stellt er auch den JWC und nicht den weiten Teilen der österreichischen Bevölkerung unbekannten Anwalt Fagan, der aber die ersten Forderungen an die CA gestellt hat, in den Mittelpunkt seiner Kritik. Und diese folgt dem bekannten Muster von

Aufrechnung, die seit vierzig Jahren von dieser Seite betrieben wird: Sudetendeutsche und AltösterreicherInnen sollen auch entschädigt werden, andernfalls sollte es für niemanden etwas geben. Kann schon sein, daß diese in Tschechien und Slowenien entschädigt werden sollten. In Österreich allerdings sind die Opfer Juden und Jüdinnen, und damit müßte sich ein anständiger Politiker zuerst einmal auseinandersetzen und sie bei ihrer legitimen Forderung unterstützen.

1 Als Churban wird, dem Buch „Churban oder Die unfassbare Gewißheit“ von Manès Sperber zufolge, im Hebräischen die organisierte Vernichtung eines Teils der europäischen Juden und Jüdinnen durch die Nationalsozialisten und ihre Mitläufer bezeichnet.

2 Apropos CA: Die österreichischen Rothschilds hatten diese 1855, gemeinsam mit den Fürsten Auersperg, Schwarzenberg und Fürstenberg gegründet. 1930 retteten sie die damalige Bodencreditanstalt auf Bitten der Regierung mit deren Übernahme durch die CA. 1931 beteiligten sie sich wiederum an der Sanierung der Creditanstalt, wobei die Übernahme der Bodencreditanstalt mit ein Grund für den Zusammenbruch der CA war. Bis auf Louis Rothschild, der ein Jahr lang von der Gestapo gefangen gehalten wurde, emigrierten sie 1938 rechtzeitig in die USA. Wer weiß heutzutage noch vom Rot-Weiß-Rot-Buch, Teil II aus dem Jahre 1946,

in dem die österreichische Regierung stolz über ihre Verhandlungen mit den Rothschilds berichtet. Diese konnten dann einen Teil ihrer Kunstwerke ausführen, den anderen Teil mußten sie dem Staat überlassen. Auf dem Grundstück des Palais Rothschild steht heute das Gebäude der Wiener Arbeiterkammer.

3 Auch die Salzburger Nachrichten vom 21.8.1998 waren sich für einen gewissen verbalen Revanchismus nicht zu schade. Ronald Barazon übertitelte seinen Kommentar zu den Forderungen an die CA wie folgt: „Mit Nazimethoden läßt sich die Geschichte nicht korrigieren“. Das tut Österreichern wohl gut, Juden Nazimethoden zu unterstellen. Wehe, man will den BürgerInnen ans Geld, da kennen sie nichts, scheuen keinen Vergleich und offenbaren sich schonungslos und geschmacklos, erst recht in Salzburg. Daß dann in der Berichterstattung über die Geschichte der CA auf Seite neun kein Wort über den Beitrag der Rothschilds verloren wird, ist dann nur mehr symptomatisch. Als Lektüre über die persönlichen Opfer der österreichischen Rothschilds für die CA empfehlenswert: Derek Wilson, „Die Rothschild Dynastie“ und Frederic Morton, „Die Rothschilds“.

4 Mittlerweile hat auch Andreas Mölzer die Reihen fest geschlossen, und nimmt sich in der Presse vom 1.9.1998 der Ausgebombten des II. Weltkrieges im III. Reich an. Das soll wohl die Arisierungen aufwiegen.



Louis Rothschild

NEUTRALITÄT ODER NATO ODER...?

Kritische Anmerkungen zum Handbuch von Klaus Heidegger und Peter Steyrer

Mit dem Band von Klaus Heidegger und Peter Steyrer liegt der bisher fundierteste und umfassendste Beitrag aus dem NATO-kritischen Spektrum zu dem Thema „Österreich und die NATO“ vor. Besonders gut dargestellt ist dort die Rolle des Verteidigungsministeriums und der Militärs beim Einpeitschen der NATO. (S. 143ff.) Ebenso die Dynamik der Meinungsumschwünge bei verschiedenen politischen Funktionären. Ein Prozeß, der auch in den nächsten Monaten noch einige „Überraschungen“ erwarten läßt.

VON FRANZ SCHANDL

Österreich wird ja im Ausland wie im Inland nicht selten bereits wie ein Mitglied der Allianz behandelt. Das hat Tradition. Man tut stets so, als wäre man schon. Zum Schluß soll sich in der Bevölkerung wohl ein „Eh-schon-dabei-Effekt“ einstellen. Die Entscheidung verkommt alsdann zur bloßen Ratifizierung der Tatsachen. Dieses Übergangsszenario von der Neutralität in die NATO wird jedenfalls äußerst sorgfältig aufgearbeitet und nachvollziehbar geschildert.

Wer also einen Blick hinter die aktuellen Sicherheitsdebatten in Österreich machen will, wer einen gut lesbaren und detailreichen, aber doch nicht überladenen Einstieg in die Materie sucht, dem sei der Band dringend anempfohlen. Das Handbuch wurde unsererseits ja schon andernorts ausdrücklich gewürdigt (*Freitag* 8. Mai, *Volksstimme* 28. Mai, *Süddeutsche Zeitung* 6. Juli). Davon ist auch nichts zurückzunehmen. Hier sollen nun primär nicht die Übereinstimmungen, sondern die Differenzen der Einschätzung deutlich gemacht werden. Die vorgebrachten Einwände sind dahingehend einseitig, weil sie nur eine Seite – unsere Ansicht nach die analytisch schwächeren und perspektivisch fragwürdigeren Teile – erörtern und anfechten. Was folgt, ist keine adäquate Beurteilung, sondern eine der selektiven Kritikpunkte. Das mag bei der Lektüre berücksichtigt werden.

Vernachlässigt haben Heidegger und Steyrer etwa die

Auseinandersetzung mit den linken NATO-Bekennern auf der politischen, wissenschaftlichen und journalistischen Ebene: Mit Josef Cap, einem der wenigen offenen sozialdemokratischen NATO-Befürworter, oder Rudolf Burger, Professor für Philosophie. Weiters auch mit Georg Hofmann-Ostenhof und Robert Misik, den zwei extrovertierten Propagandisten des Weges in die Verteidigungsgemeinschaft. Wenig Worte finden sich über diese gewendete Linke. Hier ist man der Konfrontation einfach ausgewichen. Das ist schade, denn der ideologische Wendepunkt in der Debatte dürfte gerade aus diesem Eck kommen.

Was weiters stört, ist, daß die grüne Sicherheitspolitik (z.B. die vorschnelle Anerkennungspolitik im ehemaligen Jugoslawien; das in erster Linie den Tagesereignissen geschuldete Schwanken zwischen Pazifismus und Bellizismus etc.) ziemlich unreflektiert weggeworfen, und daß die KPÖ als eigener Punkt überhaupt nicht vorkommt. Vor allem, wenn man bedenkt, daß die Kommunisten diese Frage stets zu einer zentralen ihrer Politik erklärt haben und in allen Bündnisvarianten zur Erhaltung der Neutralität eine bedeutende Rolle spielen, ist das unverstänlich. Man mag deren Standpunkt nun teilen, kritisieren oder verwerfen, vergessen sollte man ihn nicht. Es ist mehr als zweifelhaft, generell von einem Abhandenkommen der Bedrohung

(S. 27) zu sprechen. Die Gefahren scheinen nicht so herbeigeredet, wie die Autoren unterstellen. Deren Conclusio: Keine Bedrohung, daher Funktionsverlust des Militärischen, wirkt nicht überzeugend. Abgesehen davon hieße dies ja, daß aus der Bedrohung auf die Nützlichkeit der Militärs geschlossen werden müßte. Der unterstellte Funktionsverlust des Militärischen ist jedenfalls eine Schutzbehauptung. Es ist eher davon auszugehen, daß nach dem Ende des Kalten Krieges dessen Relevanz steigen wird. Das soll man nicht wollen, man darf es aber auch nicht einfach wegzaubern. Die grundlegende These, daß die NATO heute disfunktional sei, ihre existentielle Selbstbehauptung weitgehend den Wünschen militärischer Apparate folgt, ist nur eine Teilbestimmung. Kategorial vorgetragen, ist sie falsch.

Die von den Autoren zitierte Passage, „daß Risiken für die Sicherheit der Allianz weniger aus bewußter Aggression gegen das Territorium der Alliierten resultieren, sondern aus den gefährlichen Folgen von Instabilitäten, die aus ökonomischen, sozialen und politischen Krisen entstehen, vor allem aufgrund ethnischer Konflikte und territorialer Streitigkeiten, die viele Länder in Mittel- und Osteuropa betreffen“ (S. 63-64) (NATO-Gipfel in Rom, November 1991), ist so daneben nicht.

Dieser Begründung kann eine gewisse Plausibilität nicht abgesprochen werden.

Daß es heute insgesamt mehr um „Sicherheit vor Risiken“ denn um „Sicherheit vor Bedrohungen“ (S. 64) geht, sollte nicht in den Bereich der Fabel verwiesen werden. Daraus ergibt sich ja noch nicht, daß man die Schlußfolgerung der NATO gleich mitvollzieht. Die Autoren hingegen weisen dieser offiziellen Argumentation den Charakter eines Vorwandes, einer Pseudolegitimation zu.

Die Frage, ob der NATO-Beitritt nicht zumindest eine immanente Logik aufweist, und – treten keine größeren Friktionen oder ökonomische Zusammenbrüche ein – es zu einer weitgehenden Kongruenz von EU und NATO kommen wird, die stellen die Autoren so nicht. ~~In~~des scheint gerade hier ein Schlüssel des Verständnisses zu liegen, aus dem sich keineswegs automatisch eine Akzeptanz der Allianz – wie jene wohl befürchten – ableitet.

Zivile Gesellschaft und militärische Ordnung werden bei Heidegger und Steyrer strikt auseinandergehalten, so als wären diese aber schon überhaupt nicht zwei Seiten einer Medaille. „Eine friedenspolitische Bewertung der Osterweiterung der EU fällt freilich anders aus als jene der Expansion der NATO“ (S. 121), schreiben sie. Aber warum denn? Sind nicht beide denselben Entwicklungen zur Formierung einer europäischen Großmacht geschuldet? Deuten nicht gerade die inständigen Bitten der ehemaligen Ostblockstaaten auf Aufnahme in die NATO darauf hin, daß sie diese als Vorleistung für eine Eintrittskarte in die EU betrachten? Sprechen die das nicht deutlich genug aus? Sind zivile Politik und militärische

Apparatur Äußerlichkeiten, oder doch – was wir stark vermuten – untrennbare Zusammengehörigkeiten?

Überhaupt ist die idealtypische Gegenüberstellung von einem militärischen und einem friedenspolitischen Paradigma in der Sicherheitspolitik (S. 35) fragwürdig. Das Paradigma ist schlichtweg (trotz aller Globalisierung) noch immer das *staatspolitische*, das sowohl militärische als auch friedenspolitische Varianten mit einschließt. So mancher Friede ist auch gegenwärtig nichts anderes als die kalte Drohung mit der heißen Gewalt. Noch immer gilt: *Wer gegen den Krieg ist, muß gegen diesen Frieden sein.*

Neutralität ist den Autoren ein Chiffre für eine militärfreie Friedenspolitik. Doch liegt hier nicht eine Überbewertung eines österreichischen Sonderstatus' in einer bestimmten Periode (ab dem Staatsvertrag 1955) vor? Und weiters, kann es in der bürgerlichen Welt so etwas wie eine gänzlich militärfreie Friedenspolitik geben? Unterstellt der Terminus nicht, daß Krieg oder kriegsähnliche Auseinandersetzungen möglich sind und auch auf der Tagesordnung stehen? Ist Krieg nicht immer noch ein Superlativ der Politik?

Friedenspolitik ist als Begriff nur verständlich und nötig, wenn organisierte kollektive Gewalttaten drohen. Jene ist also nicht unbedingt *friedlich*, sondern bloß *befriedend*. Friedfertigkeit ist lediglich eine Varianz der Befriedung, nicht ihr exklusiver Maßstab.

Eine wichtige Differenz liegt schon in der Grundfrage: Woher rührt der moderne Krieg? Man darf den Autoren den Vorwurf nicht er-

sparen, daß sie den Krieg – wenn auch nicht explizit, so doch implizit – *entrationalisieren*, in ihm nicht ein Mittel politischer Vernunft, sondern wohl die „Logik politischer Unvernunft“ (Krippendorff) sehen möchten. Man hat das Gefühl, daß man nicht über Clausewitz hinaus will, sondern im Gegenteil: hinter ihn zurückfällt.

Die substantielle Identität von Politik und Krieg (als Ordnungsherstellung und Ordnungsdurchsetzung) wollen auch die Autoren partout nicht wahrhaben, eben weil sie die Politik als Form affirmieren und meinen, bestimmte Mittel aus ihr ausschließen zu können.

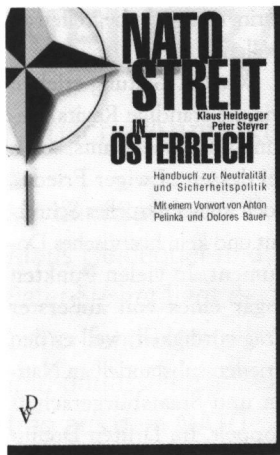
Da loben wir uns doch den Clausewitz: „Der Krieg ist eine bloße (Hvvh. F.S.) Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln.“ (Carl von Clausewitz, *Vom Kriege* (1832), Stuttgart 1980, S. 39.) Und in der nachfolgenden Erklärung heißt es: „So sehen wir also, daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen dessen mit andern Mitteln.“

Dieses Insistieren hat seinen Sinn, kann als die große analytische Leistung Clausewitz angesehen werden. Im Krieg, da setzt sich nur die „Normalität“ fort, spitzt sie sich bis zur Überkenntlichkeit zu, alles andere ist Verklärung: „Der Krieg ist ein Instrument der Politik; er muß notwendig ihren Charakter tragen, er muß mit ihrem Maße messen; die Führung des Krieges in seinen Hauptumrissen ist daher die Politik selbst (...)“, sagt Clausewitz (Ebenda, S. 338). Ein Manko „alternativer Friedenspolitik“ liegt gerade

darin, dies nicht begreifen zu wollen.

Wie bei Galtung erleben wir die ständige Revitalisierung Immanuel Kants, so als sei dessen „Ewiger Friede“ noch immer aktuelles Schriftgut und kein historisches Dokument. In vielen Punkten sogar eines von äußerster Fragwürdigkeit, weil es den Frieden substantiell an Nation und Staatsbürgerschaft koppelt. Im Dritten Definitivartikel heißt es etwa, so als wollte der Philosoph die aktuelle Abschottung befürworten und die Ausländerfeindlichkeit vorwegnehmen: „Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt werden.“ (Zum ewigen Frieden (1795), Werkausgabe Band XI, Frankfurt am Main 1991, S. 213.)

Die Kantsche Appellations-schablone erscheint uns jedoch als äußerst hilflos, ja vielfach abgeschmackt bis aufs Äußerste. Wenn man unter dem windschiefen Stichwort „Konflikttransformativkapazität“ beim norwegischen Friedensforscher Johan Galtung zum Beispiel liest: „Die beste Art und Weise, *Kreativität aufzubauen*, ist, wenn man sie praktiziert, was nur möglich ist, wenn möglichst viele Menschen, nicht nur überlastete und nicht immer sehr kreative Eliten, dazu ermutigt werden, *die Herausforderungen anzunehmen*, Wege aus tiefen Konflikten heraus zu finden sowie Rekonstruktions- und Versöhnungsarbeit zu leisten“ (Der Preis der Modernisierung, Wien 1997, S. 211), dann spricht aus diesen Zeilen die ganze Willensillusion des bürgerlichen Subjekts. Da wird wirklich an das Gute im Menschen appelliert, anstatt daß seine



Klaus Heidegger/Peter Steyer, **NATO-Streit in Österreich. Handbuch zur Neutralität und Sicherheitspolitik**, Thaur Verlag, Thaur-Wien-München 1997, 319 Seiten (Nicht ausdrücklich ausgewiesene Seitenzahlen im Text beziehen sich auf dieses Buch.)

Zum Thema Krieg sei auf zwei ältere Aufsätze von uns verwiesen: Franz Schandl, **Der Krieg kehrt wieder**, *Moderne Zeiten* Nr. 3, August/September 1991, S. 65-71 bzw.: **Die neuen Klingonen oder: Morden darf nur der Norden**; in: Karl Lind (Hg.), **Wien 1992**, S. 128-143.

gesellschaftliche Zurichtung kritisiert wird.

Eine Verwerfung des Krieges ist analytisch nur sinnstiftend, wenn sie an eine Fundamentalkritik der Politik gekoppelt ist. Die pazifistische Grundunzulänglichkeit besteht darin, diesen Zusammenhang immer wieder zu verschütten, das eine vom andern zu trennen, im guten Willen die inhaltliche Konsequenz zu ertränken.

Ein ewiger Frieden zwischen Staaten ist Unsinn; woraus aber keineswegs folgt, daß der Frieden Unsinn ist, sondern der Nationalstaat. Das von Kant benannte Ziel ist wohl das positivste, das angestrebt werden kann (wenn auch nicht in der Kantschen Form, man studiere die Definitivartikel genau!), eine Verwirklichung ist allerdings nur dann möglich, wenn die zuwiderlaufenden Konkurrenzistischen Formprinzipien - Staat, Markt, Kapital, Geld, Wert, Tausch, Politik, Recht, Demokratie - aufgehoben werden können.

Ist das vom Westen dominierte System global, so auch dessen politische und militärische Mittel. Will man kritisieren, dann muß man den Gesamtzusammenhang angreifen; nicht jedoch bloß dessen allerletzte Konsequenzen.

Wenn Konzerne überall einmarschieren dürfen, Waren, Dienstleistungen, Geld, Kredite, Aktien ihre globalen Feldzüge veranstalten, Menschen ausgetrieben werden und/oder einwandern müssen (oder auch wollen), warum soll das ausgerechnet nicht für die Militärs der siegreichen westlichen Gesellschaftsformationen gelten? „Out of area“-Einsätze

ergeben sich zwangsweise. Die NATO drückt nur aus, was ist. Ihre Logik muß oder besser: darf nicht geteilt werden, aber ihre Logik ist keine Unlogik.

Natürlich ist das zynisch, aber nicht zynischer als die Verhältnisse. Die vorgetragene NATO-Gegnerschaft denkt in den Kategorien von eigenständiger Entwicklung und Nationalstaat, obwohl dieser an allen Ecken und Enden erodiert. Jene will also eine alte Politik vor der neuen Ökonomie schützen. Sie will aufhalten, nicht überwinden. Ein heilloses Unterfangen.

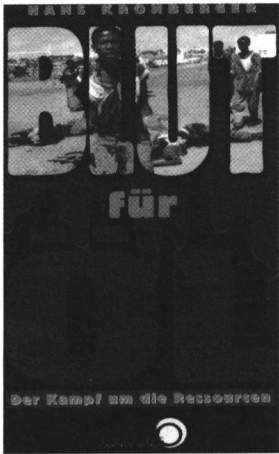
Zwar ist eine Dominanz der Vereinigten Staaten in den NATO-Strukturen unübersehbar, doch die Behauptung: „Die NATO ist eines der Instrumente der politisch-ökonomisch-militärischen Eliten der USA, um die eigenen nationalen Interessen durchzusetzen“ (S. 60), ist doch eine sehr enge und fragwürdige Definition, eine, die eine komplizierte Konstellation auf ein schmales Interesse einer amerikanischen Clique zurückführt. Möglicherweise werden hier die Überlegungen der Autoren sogar unabsichtlich kompatibel mit euronationalistischen Bestrebungen.

Und hier gibt es schon Affinitäten, die zu denken geben sollten: Wie ist das grundsätzliche Plädoyer für das „Paradigma der Kleinheit“ oder die von Galtung entlehnte „Konzentration auf das eigene Land“ und die eigene Währung für die Grundbedürfnisse (alles S. 139) zu verstehen? Ist das nicht ein ausgesprochen bornierter Standpunkt nationaler und regionaler Kleinhäuslerei?

Daß die EU nicht Friedensmacht werden kann, wie die Autoren richtig unterstellen, ist nicht aufgrund ihrer Größe so, sondern wegen ihrer ökonomischen Grundkonstruktion als formal übernationales, aber real nationalistisches westliches Abschottungsprojekt der Reichen (wozu auch dessen arme Teile zählen).

Aber die Autoren dürfen sich selbst nicht ganz im klaren sein, einige Seiten vorher sagen sie nämlich das Gegenteil. Auch wenn man gegenüber einer „europäischen Demokratie“ mit „verfassungsgebender Versammlung“ sehr skeptisch sein soll, so haben sie zweifellos recht, wenn sie schreiben: „Die Alternative liegt also nicht in einem Rückzug in nationalstaatlichen Provinzialismus und Protektionismus, sondern in einer Änderung der EU-Politiken.“ (S. 136-137)

Das Strickmuster der Autoren ist manchmal doch etwas zu einfach. Es banalisiert durch vorschnelle Kontrastierung die Verhältnisse und hat einen Hang zum Gebot. Das friedliche Wollen ist aber eine ungenügende Voraussetzung einer friedlichen Existenz. Der Pazifismus greift zu kurz. Er ist abstraktes Postulat, nicht konkretes Resultat, stets verwirklicht, wenn man nur wollte, wie man sollte. Um effektiv gegen den Krieg zu sein, reicht es nicht aus, apodiktisch gegen den Krieg aufzutreten. Wenn das Wollen zu keinem Können findet, verunglückt der Wille am Dasein. Genau diese Befürchtung haben wir.



Hans Kronberger, **Blut für Öl**, Uranus Verlag, Wien 1998, 190 S., öS 198,-

Kronberger ist Journalist, Lektor und FPÖ-Abgeordneter im Europäischen Parlament und setzt sich für erneuerbare Energieträger ein, weil sie Frieden bringen und Kriege um Rohstoffreserven verhindern sollen, wie in den Kapiteln 6 und 7 nachzulesen ist. Das Vorwort verfaßte der SPD-Abgeordnete und EUROSOLAR-Präsident Scheer.

Das Buch dreht sich hauptsächlich um den teils versteckt, teils offen geführten Konkurrenzkampf um die Rohstoffreserven. Die interessanten Kapitel betreffen vor allem Afrika und Mittelasien. Aber die hier auftretenden, sich konkurrenzierenden Interessen lassen ein Aufrechterhalten der Nato und die Integration von Rußland in diese eher als notwendig erscheinen, um einen allgemeinen Krieg um Rohstoffe zu verhindern. Dieser Einwand widerspricht den Befürchtungen des Autors hinsichtlich der am Anfang des Kapitel 6 erwähnten Nato-Strategie. Es könnte außerdem auch passieren, daß die verschiedenen Kon-

sortien nach einigen Auseinandersetzungen friedlich ihre Claims abstecken, wie bei Eric Ambler nachzulesen ist.

Mit einer kurzen historischen Einführung zum Rohstoff Erdöl und einer knappen Übersicht über die globalen Spannungsfelder in den Rohstoffregionen wird man rasch und aktuell informiert. Allerdings macht dieser Vorzug gleichzeitig auch den Nachteil dieses Buches aus. Es werden militärische, politische und soziale Probleme verkürzt und vereinfacht dargestellt. Da genügt dann der Bericht einer Zeitung, und schon ist die Geldgier eines US-Konzerns für Taten der Taliban-Milizen verantwortlich. Die EU wird wiederum als „fremdenenergieabhängig“ von islamischen Ländern gesehen, ein latenter Zusammenhang zwischen Vorbereitungen zum Ersten Weltkrieg und Erdölinteressen konstruiert oder die Taxis von Paris 1914 und der Panzerangriff von Amiens, beide Geschehnisse in ihren Bedeutungen von der Militärgeschichte als Mythen entlarvt, als kriegsentscheidend dank Benzin dargestellt. Schließlich kommt dann noch der Satz über „die Hilfe des internationalen Finanzkapitals beim Aufstieg des deutschen Diktators“ (S.53). Soweit ich weiß, hat ein großer Teil des mündigen Wählervolkes der Weimarer Republik Hitler gewählt, und konservative Parteienvertreter machten ihn zum Kanzler. Und das Spendengeld kam von der deutschen Wirtschaft.

Ein wenig fühle ich mich an einen Autor im Dritten Reich, Anton Zischka, erinnert, der auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch publizierte. Sein Buch mit dem

Titel „Wissenschaft bricht Monopol“ war ein Plädoyer für die Überwindung von Rohstoffknappheit und Erpreßbarkeit durch Erfindungsgeist, speziell durch den deutschen. Diesem Autor galt damals Kohleveredlung als Deutscher Ausweg aus der Energieabhängigkeit. Auch publizierte er ein Buch mit dem Titel „Ölkrieg“.

Was mich bei dem Buch von Kronberger auch ein wenig an diese Zeit erinnert, sind nicht nur das Thema Rohstoffkriege, sondern auch der verwendete Begriff „internationales Bankkapital“, der Titel „Blut für Öl“, das Wort „Blutopfer“ im Vorwort von Scheer und schließlich die Benützung des Buches „Mit der Ölwanne zur Weltmacht“ von William F. Engdahl als Quelle. Das ist ein eher seltsames Werk, das hier anscheinend unkritisch benützt wird und Verschwörungsthese breittritt (siehe z.B. S.73). Hingegen bemängelt Scheer im Vorwort das als Quelle ausgewiesene Buch „Der Preis“ von Daniel Yergin, Professor in Harvard, weil dieses keine Alternativen biete. Das war aber auch gar nicht das Thema dieser seriösen Studie.

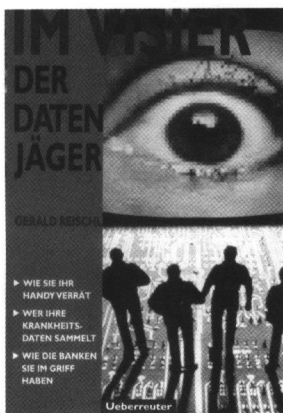
Seltsam erscheint auch, daß deutsche und österreichische Energiekonzerne in diesen Auseinandersetzungen nicht vorkommen, obwohl sie, alleine oder in Partnerschaft mit anderen Energieunternehmen, sehr wohl involviert sind.

Ob ein gesuchtes neues Katastrophenszenario eines globalen Atomkrieges um Erdölfelder in Verbindung mit globaler Erwärmung und Umweltverschmutzung als neue Motivation für ein Umdenken das hält, was der

Autor sich davon implizit wohl verspricht, ist mehr als fraglich. Als Einzelkämpfer gegen die Lenker eines „politisch-energiewirtschaftlichen Komplexes“ erscheint er mir nicht, da viele Medien über die Verbindungen zwischen Ökonomie und Politik in den rohstoffreichen Ländern kontinuierlich berichten. Es hat mit dem Ende des Ostblockes einfach die Suche nach neuen Gleichgewichten eingesetzt, eine Neuorientierung der verschiedenen Geopolitiken ist am Entstehen. Vorher standen diese unter der Dominanz der einen Geopolitik, der des Kalten Krieges. Richtig ist aber, daß die Erdölreserven bei einer stetig ansteigenden Nachfrage nach Erdölprodukten gegen 2010 knapp werden. Ob über die verbleibenden Erdölreserven dann ein weltweiter Krieg geführt wird, bleibt zu bezweifeln. Ebenso ist der kontinuierliche Anstieg der Preise denkbar, durch welchen alternative Energietechnologien kostengünstiger werden und ein stetiges Umsteigen auf diese wahrscheinlicher wird. Völlig unklar aber bleibt bei einem solchen Szenario, ob diese Technologien den weltweiten Energiebedarf überhaupt decken können, wer diese beherrschen wird und wer in den Genuß dieser kommen wird.

Allgemein bleibt der Verdacht bestehen, daß es hier um ein Autarkieprojekt mit Hilfe neuer Technologien geht, ein Sich-Abkoppeln-Wollen aus der Welt der gegenseitigen Abhängigkeiten, sei es im Bereich der Energieträger, sei es aber auch im militärischen Bereich von der Nato.

GL



Gerald Reischl, *Im Visier der Datenjäger*, Ueberreuter Verlag, Wien 1998, 222 S., öS 291.-

Reischl geht der alltäglichen und bereits manifesten Kontrolle der Tätigkeiten der Gesellschaft nach, sei es der Straßenverkehr, das Telefonat oder der Einkauf. Unwiderrspochen von politischen Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen haben sich staatliche Behörden und private Konzerne Kontrollprivilegien über die normalen BürgerInnen angeeignet, in einem Ausmaß, das nur wenige als entsetzlich empfinden und die meisten als normal ignorieren. Vieles an den alltäglichen Kontrollen ist schlichtweg unbekannt und wird von Behörden und Firmen verschwiegen. Während diese gesetzlich durch Amtsverschwiegenheit und Betriebsgeheimnis geschützt sind, ist das freie Individuum nicht einmal durch den Datenschutz geschützt, im Gegenteil: Dieser wird dazu benützt, den Bürgerinnen Information vorzuenthalten.

Die „Unerwünschte Kontoverbindung“ ist zum Beispiel kein harmloser Begriff, sondern eine zwischen den Banken ausgetauschte Liste von Kunden, die den Bankangestellten suspekt erscheinen.

Ein Einfallstor für Willkür. Homebanking wird von den Banken als sicher verkauft, die Callcenter für Telephonbanking hören oft unabsichtlich mit.

Daß man in die Datenbanken der diversen Behörden oft ohne eigenes Zutun gerät, ist durch viele bekanntgewordene Fälle belegt und wird auch hier wieder erwähnt. Aber daß in Österreich ein Pilotprojekt für eine DNA-Datenbank für die Polizei an der Innsbrucker Universität betrieben wird, ist bis jetzt unbekannt. In Wien befindet sich die Datenzentrale, beim Büro für Erkennungsdienst und Fahndungstechnik (EKF). Seit Oktober 1997 werden allen Verdächtigen bei Kapitalverbrechen Mundhöhlenabstriche abgenommen.

Bei anderen Verbrechen kann die Polizei nach eigenem Gutdünken entscheiden. Für Unschuldige ist keine Löschung vorgesehen. Daß auch Genmaterial plaziert werden kann, hat sich ja vielleicht schon bis Österreich durchgesprochen. Die Verwendung von Massenscreening auch bei nicht starkem Tatverdacht ist in Deutschland dank dem Bundesverfassungsgericht erlaubt.

Dies und vieles mehr, das der Autor recherchiert hat, macht das Buch zu einem Ratgeber und Warner für politisch liberal und links eingestellte BürgerInnen. Zusätzlich ist das Buch von Beat Leuthardt, *Leben Online*, das im Index bei Reischl steht, zu empfehlen.

Zum Abschluß noch zu den österreichischen Waffenlagern: Wie Reischl berichtet, hat ein Beamter des Innenministeriums bei einem Besuch Luftaufnahmen von

Österreich durch US-Aufklärungssatelliten vom US-Geheimdienst gesehen, die die 79 Stellen der Waffenlager präzise festhielten.

GL



Hansjakob Stehle, *Graue Eminenzen, dunkle Existenzen*, Patmos Verlag, Düsseldorf 1998, 196 S., öS 291.-

Anlässlich der jüngsten Morde bei der päpstlichen Garde, denen auch eine Frau zu Opfer fiel, kommt ein Buch gerade zurecht, um in Erinnerung zu rufen, daß es im Vatikan nie ohne kleinere und größere Skandale abgegangen ist. Unterschiedlich war und ist nur das Ausmaß, in dem diese verschleiert und begraben werden konnten und können. Man denke zum Beispiel an den berüchtigten Bankrott der Banco Ambrosiano, der im Zusammenhang mit der Bank „Institut für religiöse Werke“ (IOR) stand. Das Institut unterstand damals direkt dem Papst.

Stehle war der langjährige Korrespondent der Zeitung „Die Zeit“ in Italien, Spezialgebiet Vatikan, und hat ein kleines, feines Buch über diverse Figuren in den Zwischenreichen, die neben den offiziellen existieren, geschrieben.

Gleich in seinem ersten Porträt bringt er einen Prälaten des Vatikans in Erinnerung, der es als kleiner Beherrscher von Intrigen und Devisen sehr weit brachte, bis sich der Verdacht auf Devisenvergehen, wie ihn die italienischen Behörden des längeren hegten, bestätigte und ihn stürzte. Die mangelnde Dankbarkeit des Vatikans für seine inoffiziellen Dienste veranlaßte ihn später, für den berühmten Schlüsselroman von Roger Peyrefitte „Die Schlüssel von St. Peter“ die nötigen Hintergrundinformationen zu liefern. Dazu kommt, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach auch für die Sowjetunion zumindest zeitweise gearbeitet hat.

Der berüchtigte Bischof Hudal kommt genauso vor wie Hochstapler und Kriegsgewinnler verschiedenster Provenienz.

Ein Hinweis in Sachen Gladio: Das Kapitel 16 beschäftigt sich mit dem Papstattentat vom 13.5.1981 und führt zum Schluß wieder zu jenem Untergrund des Kalten Krieges, der soviel Stoff für unsere Broschüre „Es muß nicht immer Gladio sein“ lieferte. Ein gewisser Oral Celik, wegen Rauschgifthandel in Frankreich verhaftet und wegen seiner vermuteten Komplizenschaft bei dem Attentat an Italien ausgeliefert, benennt einen belgischen Dominikaner Felix Morlion als den Auftraggeber. Allerdings kommen diese Aussagen nach 1991, nachdem also die Stay-Behind-Netze aufgefliegen und viele der Kalten Krieger bereits verstorben sind.

Damit wird niemandem weh getan und die Spuren ins Nirgendwo vermehren sich.

GL





LANDSTRASSE

GRÜNE ALTERNATIVE WIEN

Bezirksgruppe Landstraße

INTEGRÄTZLFEST

Freitag, 11.09.1998, am Kardinal-Nagl-Platz

Die Landstrasse

ein Weg für alle –
für alle einen Weg

14.00	Kulturverein Ülkem Puppentheater
15.00	Célia Mara
16.30	Herbert Pichler
16.45	Krüppelkabarett
18.00	Maria Vassilakou
18.30	Stefan Wagner Group
20.00	BRUIJ

Eintritt frei

In den Pausen Lesungen aus der Zeitung *Augustin*
Programmänderungen vorbehalten

Der Grüne Herbst im 3ten

Kundgebung vor dem
Wirtschaftsministerium
„MAI – NEIN DANKE“

Diskussion zum Thema
„Nahversorgung“

Informationsabende zum Thema
„Anders Steuern“
ein Grünes Steuermodell



Clubobfrau der Grünen Landstraße
Barbara Boll

Barbara.Boll@blackbox.at
Landesbüro Wien 521 25/ 222
Heidi Cammerlander